

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil sozialer und revolutionärer Artikel: Herr Carl Wendemuth, für die Antenne Rudolf Kossowski. Stelle für den Wochen-Ausgabe: Herr Ernst Wittmann, Magdeburg. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Marktstraße 27. — Druck von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Marktstraße 2. — Preis: monatlich 30 Pfennig, beim Abholen von der Expedition monatlich 20 Pfennig. Bei den Subskriptoren 2 1/2 Mark ohne Beleggeld. Einzelne Nummern 5 Pfennig. — Anzeigenpreis: Die gewöhnliche Spaltenbreite 20 Pfennig, Anzeigen von anderen 25 Pfennig, in Sonderfällen 30 Pfennig. — Verlag der Volksstimme, Halle, Große Marktstraße 27. — Preis: 2 Mark. — Nummer 3407.

Nr. 32.

Halle, Sonnabend den 7. Juli 1917.

1. Jahrgang.

Die russische Offensive.

An der gallischen Front auf österreichischem Boden ist eine neue russische Offensive im Gange. Genau wie der Jorismus führt das revolutionäre Russland Tausende seiner grauen Soldaten auf die Schlachtfelder, und auch das Blut der deutschen, österreichischen, ungarischen und türkischen Soldaten fließt bei der Märsche in Strömen. Der russische Kriegsminister Kerenski schickt in seinem Armeebefehl zum Angriff die Verantwortung dafür auf Deutschland, das seinen allgemeinen, erherrnollen Frieden schließen wolle, sondern Russland den Verrat an seinen Bundesgenossen zumute.

Diese Darstellung trifft daneben. Die deutsche Regierung hat keinen Sonderfrieden mit Russland gefordert, sondern ihre Bereitwilligkeit befunden, die Waffenruhe an der Ostfront fortzusetzen zu lassen, um dadurch Gelegenheit zu allgemeinen Friedensverhandlungen zu geben. Die deutsche Sozialdemokratie hat von der deutschen Regierung mit allem Nachdruck und mit vollem Rechte gefordert, daß sie sich von vornherein bereit erkläre, diese Friedensverhandlungen auf der Grundlage des Verzichtes auf Eroberungen und Entschädigungen auch nach Westen hin zu führen. Diese Klarheit hat die deutsche Regierung nicht gefordert; aber so sehr wir das bedauern und verurteilen, so wenig kann Russland sich darauf berufen, da seine eignen Verbindungen eine solche Erklärung auch nicht abzugeben haben.

Trotzdem erklärt sich Russland durch den Londoner Vertrag gegen einen Sonderfrieden gebunden. Dieser von den Bevollmächtigten des Jaren unterschriebene Vertrag gibt England und Frankreich die Möglichkeit, nach auf unabsehbare Zeit hinaus zu erklären, daß sie in Friedensverhandlungen nicht eintreten wollen, wenn nicht Deutschland, Österreich und die Türkei umfangreiche Gebiete abzutreten und hohe Entschädigungssummen zu zahlen bereit sind. Und wenn nach Frieden stehenden russischen Völkern bleibt dann keine Möglichkeit offen, sich mit den Völkern der Mittelmächte zu verbinden, sondern es muß in Ewigkeit weiterkämpfen und angreifen.

Ja selbst wenn Frankreich und Italien endlich ihre Eroberungslüste aufgeben, genüge der auf den Londoner Vertrag gestützte Einspruch der englischen Regierung, um noch immer den Frieden zu verhindern.

Der Fall Hoffmann-Grimm hat so sehr deutlich gezeigt, worum es sich handelt. Die beiden Schweizer hätten sich keinesfalls dazu hergegeben, für eine russisch-deutsche Verständigung zu wirken, wenn in Wirklichkeit Deutschland und Österreich-Ungarn nur die Truppen im Osten frei bekommen wollten, um die Gegend um Weizen und Säben zu besetzen. Das Telegramm des früheren Bundesrats Hoffmann hebt ausdrücklich hervor, daß von amtlicher und halbamtlicher Seite in Deutschland und Österreich-Ungarn schon wiederholt ausgesprochen ist, daß die Mittelmächte den allgemeinen Frieden wollten. Was heißt übrigens allgemeiner Frieden? Wenn etwa Japan sich weigerte, auf der vom russischen Arbeiter- und Soldatenrat gegebenen Unterlage zu verhandeln oder Amerika seinen Frieden schließen wollte, müßten deshalb die Russen den Krieg ins Unendliche fortsetzen?

Der Friedensförderungsversuch des Bundesrats Hoffmann ist zum Scheitern gebracht worden und soll in Zukunft als Widerlegung für die Neutralen dienen, sich wieder für den Frieden zu bemühen. Die Verantwortung dafür trägt auch Branting. Es sei im Gegensatz zu einer früheren Mitteilung an dieser Stelle festgesetzt, daß in Brantings „Sozialdemokrat“ die Zwecke des Bundesrats Hoffmann am 16. Juni veröffentlicht worden ist, während die „Times“ das Telegramm erst am 18. Juni gebracht und dabei ausdrücklich hervorgehoben hat, daß sie es dem „Sozialdemokraten“ entnehme. Branting hat sein Vorgehen damit begründet, daß er den

Sonderfrieden verhindern

wolle, der ein Sieg des Imperialismus und eine Gefahr für die Demokratie wie für die internationale Vereinigung der Arbeiter wäre. Aber Branting müßte wissen, daß auch die deutsche Sozialdemokratie keineswegs einen Sonderfrieden will, um etwa imperialistische Ziele zu verwirklichen, sondern daß sie nur dem allgemeinen Frieden zustrebt.

Indem Branting einen russisch-deutschen Sonderfrieden verhindern will, meint er, die Interessen des internationalen Proletariats zu verteidigen. In Wirklichkeit verteidigt er nur den Londoner Vertrag vom September 1914. Die Unterschrift Gress, Paul Cambons und des Grafen Venckendorff ist ihm mehr wert als das Wort Scheidemanns und Viktor Adlers. Dafür hat er die stolze Genugtuung

erlebt, daß sein geringerer als der englische Lord Cecil ihn beistimmt hat, daß er ein edler und überzeugter Entente-freund ist.

Diese Entente-freundschaft ist zugleich Friedensfeindschaft. Feindschaft nicht nur gegen einen, sondern, sondern auch gegen einen allgemeinen Frieden, der nur zu erlangen ist, wenn Russland sich nicht mehr für verpflichtet hält, auf Grund des Londoner Vertrages den Krieg so lange fortzusetzen, wie England und Frankreich das für die Eroberung Elsaß-Lothringens, Mesopotamiens und ganz Afrikas fordern. Durch diese Fesseln gebündelt, hat Russland seinen Schritt zum Frieden getan. Die

Schuld für das Blut

das jetzt wieder an der Ostfront fließt, kann es daher nicht auf Deutschland abschieben.

Die „Auslands-Branda“, das Stockholmer Organ der Leninisten, erklärt die russische Offensive politisch folgendermaßen: England und Frankreich denken nicht an eine Verständigung mit Deutschland; die provisorische Regierung will um keinen Preis den Sonderfrieden; infolgedessen ist sie gezwungen, den Krieg so lange in die Länge zu ziehen zu lassen, wie England und Frankreich wünschen. Die russische Revolution isoliert sich als Friedensfaktor aus, insofern man von bewußtem Handeln, nicht von spontanen Wirkungen der Revolution spricht, sagt die „Branda“ wörtlich, aber die Ereignisse würden härter sein als alle Absichten. In welchen Schritten die Vervielfachung der Volksmassen Russlands treiben werden, daran wolle die provisorische Regierung am liebsten gar nicht denken; aber diese Ereignisse könnten den Arbeiterrat sehr bald zwingen, gegen seinen Willen von neuem zur revolutionären Gewalt zu greifen.

Nun hat nicht nur der Kriegsminister Kerenski, sondern auch der Ausschuss aller Arbeiter- und Soldatenräte Russlands die neue Offensive verlangt und begrüßt. Im Namen der Freiheit und zur Sicherung der Revolution. Die englischen Einflüsterungen haben nicht nur bei Kerenski, sondern auch beim Ausschuss aller Sowjets offenes Ohr gefunden. Es wird sich zu zeigen haben, ob die Prophezeiungen der „Branda“ zutreffen oder nicht. Gegenströmungen werden um so schneller eintreten, je ergebnisloser die neue Offensive bleibt.

Englischer Imperialismus.

Kein Volk ist geneigter, die besonderen Interessen seines Gebietes für allgemeine Menschheitsinteressen zu halten und daher sein eigenes Wollen und Streben für allein maßgebend auf dem Erdennund zu betrachten, als das englische. Häufig werden deshalb die englischen Politiker des „Gant“ beschuldigt: ein Wort, das sich, da es eine spezifisch englische Art der Argumentation bezeichnet, durch ein gleich bekanntes deutsches Wort nicht ersetzen läßt, das aber ein scheinheiliges, von fittlichen, humanitären Nebenarten überflüssiges, in Wirklichkeit aber durch egoistische Interessen diktiertes Wesen und eine dementsprechende Motivierung des eignen Verhaltens bezeichnet.

Von den nichtenglischen Völkern ist diese Eigenart des englischen Geistes von jeher schmerzhaft empfunden worden. Es lassen sich aus Schriften und politischen Reden vergangener Jahrhunderte massenhaft Belegstellen dafür beibringen, wie sehr schon damals die scheinheilige Selbsterichtigkeit Englands verhoßt war. Vor allem in Frankreich. Eine Tatsache, die sich daraus erklärt, daß beide Nationen lange Zeit um die Weltstellung in Europa gerungen haben. Besonders häuften sich die Anfeindungen in den Tagen der großen französischen Revolution, als sich England als Hort der europäischen Reaktion und antirevolutionären Antriebe erwies.

So wenig sich aber dieser widerliche Charakterzug des englischen Geistes lenken läßt, so ungerne ist es anzunehmen, daß der Engländer von vornherein darauf aus-

geht, den nichtenglischen durch scheinheilige Sophistik zu täuschen. Gerecht gibt es in England, wie anderswo auch, genügend Menschen, die ihren Egoismus in bestimmter Zweckerfüllung durch solche Redensarten und ehrbares Geheiß zu verdecken suchen; doch meist ist nicht der Engländer dieser Charaktereigenschaft gar nicht demut. Sein „Gant“ ist, wie so mancher andere Masseigentümlichkeit, nichts anderes als ein

Niederschlag der sozialen Entwicklung

Englands, seiner frühzeitigen wirtschaftlichen Entfaltung, seiner steigenden Weltberühmtheit und seines politischen Verfassungslbens, die mehr und mehr in ihn ein mit Anmutigung geboartes Gefühl der Überlegenheit und der Selbstgefälligkeit erzeugt haben.

Der Durchschnittsengländer fühlt sich stets als Mitglied einer ausserwählten Nation, die durch besondere Begabungen und Fähigkeiten wie auch durch besondere sittliche Qualitäten ausgezeichnet ist, und deshalb gewissermaßen von der großen Völkervereinigung abgesetzt wurde, die Welt zu beherrschen, sich überall durchzusetzen und die minderbegabten Völker im englischen Sinne zu erziehen. Kurz, England wird als eine Art Zauberwelt der Menschheit aufgeführt, als Hüterin der allgemeinen menschlichen Fortschrittsinteressen. Ein Gegenkommen fremder Nationen gegen die englischen Absichten bedeutet daher nichts anderes, als ein Eingreifen in die „göttliche Sendung“ Englands.

Nur unter diesem Gesichtspunkt ist es zu verstehen, wenn das alte England, das im Laufe eines Jahrhunderts, meist durch Anwendung brutaler Gewalt, die

halbe Welt erobert

und ein Reichensoloniaat zusammengeschmiedet hat, das Deutsche Reich beschuldigt, es sei von einem imperialistischen Ausdehnungsstrieb erfüllt, der es dazu bewege überall, in Afrika, in Ostasien, in Ozeanien, im Orient, seine Hände begierlich nach neuem Besitz auszustrecken. Diese Beunruhigung der Welt durch die deutschen Expansionsbestrebungen dürfte jedoch in keinem Falle gebildet werden, und deshalb müßte im Interesse des Weltfriedens das Deutsche Reich niedergeboren und gewissermaßen politisch kaltgestellt werden. Sicherlich eine recht seltsame Argumentation von Seiten einer Nation, die im letzten halben Jahrhundert fast in jedem Jahre, bald hier, bald dort, einen Besitzteil hervorgerissen und neue Gebiete annektriert hat, so daß ihr Gesamtterritorium bereits schon vor dem jetzigen Weltfriede auf rund 30 Millionen Quadratkilometer mit 375 Millionen Bewohnern angewachsen war, während das Deutsche Reich es nur auf 27 Millionen Quadratkilometer mit 12 Millionen Einwohner gebracht hatte.

Wenn errihrt die Frage gestellt wird, wer sich bisher als der

„Annerkennung“ bewiesen

und die modern-imperialistische Expansionstheorie eröffnet hat, dann kann die Antwort auf Grund der Geschichtsdaten nur heißen: „England!“

Erst nach den napoleonischen Kriegen entwickelte sich England zum bedeutendsten Industrieland der Welt, das fast ausschließlich den ganzen Weltmarkt, soweit man damals noch einen solchen sprechen konnte, in Händen hatte.

Nach wie vor als das englische Handels- und Schiffahrtsmonopol. Damit übernahm ein Handel der europäischen Kontinentalstaaten mit überseeischen Ländern stattfand, war er fast ausschließlich in Händen der englischen Leberhandlung.

bezogen, das ging auf englischen Schiffen und über englische Häfen nach seinen Bestimmungen.

Unter solchen Umständen hatten Kolonien für England nur geringen Wert. Der Außenhandel und der Schiffsverkehr nach den fernem Ländern lag ohnehin in englischen Händen.

Um überseeische Absatzmärkte zu gewinnen, dazu brauchte England keine Kolonien, und als Absatzmärkte nur vorteilhafteste Unterbringung seiner sich häufenden Kapitalien noch weniger. Viele Freihändler der damaligen Zeit hätten denn auch am liebsten gesehen, wenn England sich einfach von seinen Kolonien zurückgezogen hätte.

Der englische Kolonialgeist hat sich denn auch in jenen Jahrzehnten nur wenig vermindert. Weit handelte es sich nicht um Erwerbung großer Landgebiete, sondern um Gewinnuna

neuer Säen und Marineintentionen

zur Züchtung der englischen Außenhandels. Die wirtschaftlichen Erwerbungen dieser Art sind: Handelsstützen, Konsulate, Konsuln und einige inoffizielle Besitzungen. Das änderte sich aber je mehr die englische Industrie sich ausdehnte, die Konkurrenz der europäischen Staaten wuchs und das mächtig

anwachsende englische Kapital sich nach neuen Anlageplätzen umfing, die höheren Profit abwarfen, als die Anlage auf dem heimischen Industrie- und Handelsmarkt bot. Die englischen Volkswirtschaftler, die früher für Abschaffung der Kolonien plädiert hatten, bewiesen nun die Notwendigkeit

neuer Kolonialerwerbungen

und proklamierten das Recht der höheren Klasse zur Ausbeutung der niederen. Es wurde nach und nach das ganze letzte britische Nordamerika annektiert, ferner der größte Teil Vorderindiens und der Westküste Südamerikas, Korbhornsee, Gôngong, Neen und Sotona, ferner Tasmanien, Neuholland und Neuseeland, die Fidschi-Inseln, die holländischen Küstenstriche von Neuguinea, verschiedene Besitzungen an der westafrikanischen Westküste usw. 1880 umfaßte der britische Kolonialbesitz bereits 19 1/2 Millionen Quadratkilometer mit 212 Millionen Bewohnern. Doch das genügte der Begehrlichkeit Englands nicht. Immer neue Gebiete wurden hinzugefügt, so daß das Reichsgebiet im Jahre 1908 schon mehr als 29 Millionen Quadratkilometer mit 340 Millionen Einwohnern umfaßte.

Und das gleiche England, das seit Mitte des vorigen Jahrhunderts in dieser Weise seinen Kolonialbesitz fast von Jahr zu Jahr mit allen möglichen Mitteln, Eroberung wie Vertrag und Kauf, ausgedehnt hat und heute fast ein Viertel der ganzen Landoberfläche der Erde besetzt, beschuldigt Deutschland eines gefährlichen imperialistischen Ausdehnungsdranges, der im Interesse des Weltfriedens notwendig abgedrängt werden müsse. Erst englischer „Gang!“ und des Überwachenden: die ganze Welt der Entente und ihrer Nachläufer fällt willig dazu bereit.

Heinrich Cunow.

Was der Krieg bringt.

Der Seerrieg.

Ein französisches U-Boot verdrängt. Wie der heutige Admiralität selber hat ein heftiges Unterseeboot im Mittelmeer, Kommandant Oberleutnant zur See v. Seimburg, am 19. Juni an der Küste von Tunis ein im Ozean eines Zerstörer: fahrendes großes französisches Unterseeboot durch Torpedoschlag vernichtet. Oberleutnant zur See von Seimburg hat damit sein erstes feindliches Unterseeboot vernichtet.

Der Angriff auf die Ägypten. Wie wir schon berichtet, wurde Suez von einem deutschen Unterseeboot vernichtet. Nach weiteren Nachrichten wurde ein U-Boot in der Straße von Suez vernichtet. Die Ägypten sind die wertvollste Inselgruppe, die 1700 Kilometer westlich der Inseln von Sues im Atlantischen Ozean verstreut liegen.

Angriff deutscher U-Boote auf amerikanisches Submarinerboot. Neueres Boot vernichtet aus Atlantik. Die Marineminister Daniels bekannt, haben deutsche U-Boote die in Frankreich einmündigen amerikanischen Transportverpflichteten unter zwei Anmerkungen. Der erste U-Boot-Angriff fand am 22. Juni abends 10 Uhr 30 Minuten statt. Eine große Zahl U-Boote beteiligte sich daran, die Zerstörer machte es jedoch unmöglich, ihre Zahl festzustellen. Den Zerstörer gelang es, die U-Boote auseinander zu treiben. Der zweite Angriff erfolgte wenige Tage später. Unser Berichterstatter meldet, dass die U-Boote nach dem Versagen der ersten U-Boote in einer Gruppe unter Wasser verblieben. In einem Fall erschienen nach dem Schuss auf das Schiff ein Drücker an der Oberfläche des Meeres, so daß das U-Boot offenbar getroffen und in den Grund gesunken war.

Die Seereise ging an mit der amerikanischen Kriegsschiffverteilung. Gewöhnliche Transporterbooten müssen sich dem entgegen stellen, was ein deutsches Unterseeboot angreifen zu werden. Amerikanische Transporterbooten dagegen werden von ganzen U-Boot-Flotten des Feindes in Empfang genommen, und siehe da, sie wissen natürlich so famos zu manövrieren und zu kämpfen, daß sie alle feindlichen Angriffe abzuwehren. Und nicht nur das, ein deutsches Unterseeboot haben sie vernichtet. Das deutsche Boot, das sich auf diese Weise endlich die Kriegsbereitschaft in der Neuen Welt kundtun ließen, ist die man in Washington bisher vergeblich gesucht hat. Das der Marineminister in einer Rede sich in diesem Zusammenhang äußern wird, ist nicht auffällig. Denn die Ägypten werden an die Werbung glauben und die Kritiken werden langsam: es geht zum Glück.

Das verdrängte französische. Das deutsche Zerstörer für schwedische, aus England kommende Schiffe ist nach den genauesten Nachrichten über 7 Schiffe wahrgenommen worden, die in Göteborg eintrafen. Sie machten 50 000 Tonnen aus. Die Mehrzahl der schwedischen, in englischen Häfen liegenden Zerstörer, zusammen 350 000 Tonnen, wird jedoch fast ausschließlich von den Engländern zurückgehalten, weil von der englischen Seite unzulässige Bedingungen gestellt werden. Die französischen Schiffe sollen für drei Monate zwischen Genua und Genua verbleiben, die Mehrere sollen ein Viertel des Schiffwertes als Sicherheit für die Erfüllung der Bedingungen stellen. Diese Bedingungen sind anderen englischerseits erst am vergangenen Sonntag angetreten. England hat also durch das Verdrängen der Zerstörer des Ozeans zu gebrauchen erlaubt — und leider mit Erfolg. Von dem ersten Ozean am 1. Juni wollten nach ihren Anmerkungen zur Fahrt gebrauchen werden: 36 schwedische Schiffe, 2 spanische und 10 dänische Schiffe, hingegen keine norwegischen, ein neuer Beweis, wie sehr Norwegen unter der englischen Herrschaft liegt.

Verlorene Vorkriegsbedingungen. Nach Mitteilung der englischen Zeitungen sind infolge der Zerstörung der Zerstörer die gesamten von England in den Tagen vom 31. Mai bis 2. Juni nach Schweden eingelieferten Kriegsschiffe von 10 000 Tonnen, die zwischen dem 25. Mai und 1. Juni eingeliefert wurden, verloren.

Das sind keine Verluste. Die englische Admiralität teilt mit, daß ein alter englischer Zerstörer in der Nordsee durch Mine unterging. Von der Besatzung wurden 18 Menschen getötet. Aus Petersburg wird berichtet: Am Schwaben Meer ist ein russisches Zerstörerboot: ältern Typus auf eine Mine gelaufen.

Der Segen der U-Boote.

In Genf ist dieser Tage ein amerikanischer Redner in Verbindung mit einem ungeschicklichen Anschlag verhaftet worden. Er war 1914 nach Frankreich gekommen, um im Auftrag der brasilianischen Regierung eine Anleihe von zehn Millionen aufzunehmen. Die 10 Millionen wurden ihm ausbezahlt, aber er verlag dann die Mittel in seine Heimat.

Wie er der Polizei erlaubte, hatte er sich dazu aus Gründen der Vorsicht verhalten. Seit 1914 gibt es beständig Krieg in Europa, und nicht nur in Europa selbst, sondern auch um Europa herum, das ist also auch auf dem Atlantischen Ozean, den er zu seiner Rückkehr hätte überqueren müssen. 10 Millionen französischen Geldes der Gefahr aussetzen, von den Deutschen vernichtet zu werden — nein, das hätte er nicht überdies bringen können. Sie wären dann für alle verloren gewesen, während sie so doch wenigstens einem guttun kamen!

In Südamerika wird diese Logik nicht großes Entzinnen werden. Denn schon vor dem Krieg war ein General als Bevollmächtigter einer südamerikanischen Republik nach Frankreich gekommen, um große Karamerzentuln zu machen. Aber anstatt der Geldscheine kaufte er für das mitnehmbare Geld eine größere Anzahl Karamerzentuln, die er lustig auf allen Preisrennen laufen ließ. Als man ihn endlich in Wlaga beobachtete, erklärte er, seine Karamerzentuln nach seinem Bekommen gefunden zu haben. Er hätte deshalb mit dem ihm verliehenen Krambe muhern wollen wie der gute Hanspeter in der Bibel.

Das mehrdeutige an diesen Geschichten aber ist, daß in beiden Fällen die in Frage kommenden Regierungen sich erst nach drei Jahren zu mundern begannen, daß ihre Bevollmächtigten gar nicht wieder zurückkehrten.

Elfaß-Lothringen.

Der französische Ministerpräsident, der alte Ribot, hat die Amerikaner in einer Presseerklärung begrüßt und dabei über das französische Kriegsziel gelogt:

Was die Frage von Elfaß-Lothringen anbelangt, die uns so sehr am Herzen liegt, so haben die Vereinigten Staaten eingesehen, daß uns kein Sophismus daran hindern kann, das Gut zurückzuerlangen, das uns durch mißbräuchliche Gewalt entzogen wurde; daß wir seine Bestimmung brauchen, um uns ein Rechtswort auf diese Forderungen zu verschaffen. Der Protest der Vertreter dieser Provinzen gilt heute mit gleicher Kraft wie vor 45 Jahren. Das Urteil ist bereits gefällt. Als die Vereinigten Staaten in den Krieg eintraten, bestimmten sie durch den Rund Wilsons die Bedingungen des künftigen Friedens, so daß die völlige Übereinstimmung zwischen ihnen und Frankreich sofort hergestellt war. Nach der Rückgabe Elfaß-Lothringens an Frankreich und der Wiederherstellung Belgiens, Serbiens, Roms, Rumäniens und der besetzten Provinzen Frankreichs muß der Prozeß gegen den preußischen Militarismus geführt werden, der eine ständige Bedrohung des Weltfriedens der friedlichen Nationen ist. Lord George hat wiederholt, was Wilson und ich selbst von der Kammertribüne herab gesagt haben, daß der Friede unendlich viel leichter zu schließen wäre, wenn wir Vertreter einer auf modernen Rechtsgrundsätzen beruhenden Demokratie uns gegenüber hätten. Das müssen wir doch laut aussprechen, bis wir auch von unseren Feinden gehört werden.

Die Feinde haben das schon von Lord George und Wilson vernommen. Das Selbstbestimmungsrecht gilt nach Auffassung der Feinde für Völker wie die Serben und Montenegriner, die Neger und Slawen, aber nicht für die Deutschen. Die Sammelgebirge muß von ihnen befreit, ge-

leitet, beglückt und demokratisiert werden. Sonst kommt sie zu nichts.

Die Deutschen haben die Befreiung gehört und verstanden. Sie antworten darauf, daß sie sich selbst befreien und demokratisieren.

Sie erfahren weiter aus den Reden der westlichen Mächte, daß der Krieg nicht früher beendet werden soll, bis Elfaß-Lothringen erobert worden ist. Bieleicht werden auch noch die Russen, für welches Ziel sie ihr Blut vergießen sollen. Dann wird es mit der „gewaltigen Sprengung“ Bayern, auf die Ribot seine Hoffnungen setzt.

Die Wirtschaftskarte.

Schärfere Entbehrungen in der Nahrung hat das zu Ende dieses Wirtschaftsjahrs dem deutschen Volke gebracht. Der Rohrzuckerwinter ist allen in lebhafter Erinnerung. Aber auch nach dem Aufbruch des Frühlings blieb die Versorgung ungenügend und unregelmäßig; die Großstädte sind wieder fast wochenlang ohne Brot und Brotwaren, und die herabgeleitete Brotration macht diesen Mangel doppelt empfindlich. Neben natürlichen Ursachen, der ungenügenden Ausdehnung und klaren Winterkälte und der schlechten Sortenofferte, haben die Fehler und Mängel der Brotwirtschaft zu diesem unersetzlichen Zustand beigetragen. Die Notwendigkeit besserer Kriegswirtschaft ergibt sich daraus am weitesten.

An der folgenden Höhe der letzten Woche ist die erste Gerste schon geerntet, und in der nächsten Woche dürfen wohl Frühkartoffeln, nicht als Reservestoffen zu Bantofreipreisen, sondern als Nahrungsmittel erwartet werden. Der Ausbesserungsplan der Feinde, das deutsche Volk zu zwingen, in Hungersnot bedingungslos die Waffen zu strecken, oder es durch die dauernde Not moralisch zu zermürben, daß es Frieden um jeden Preis schließt, ist an der geradezu ungläublichen Stumpfheit der Volksmassen auch im dritten Reichstag gescheitert.

Leider besteht keine Sicherheit dafür, daß die Segnet im Herbst nach der neuen Ernte in die dargebotene Hand zum Ausgleichsfrieden einfliegen werden. Und selbst wenn es der Fall wäre, derbente angeht die Volkswirtschaft die Bevorratung der neuen deutschen Ernte die höchste Aufmerksamkeit. Deshalb müssen die neuen Vorkrisen für die Getreidewirtschaft 1917, die hier schon bedrohen sind, noch einmal ernsthaft beachtet werden.

Die neue Reichsgetreideverwaltung beschlagnahmt zum erstenmal nicht nur Roggetreide, sondern auch Gerste, Hülsenfrüchte, Buchweizen und Hirse reiflos und unterstellt die Selbstwirtschaft der Reichsgetreideverwaltung. Die Selbstwirtschaft der Kommunalverbände für Roggetreide wird einerseits eingeschränkt auf diejenigen Gemeinden, die mindestens für 9 Monate genügend eigene Borräte ernten, aber andererseits werden die Befugnisse der Kommunalverbände zur Erfassung aller in ihrem Verfügungsbereich befindlichen Vorräte erweitert. Das die Verwaltungsstellen erfüllt werden, dafür haften in Zukunft bei Strafe der Beschlagnahme der eigenen Vorräte die Kommunalverbände der Reichsgetreideverwaltung, die Gemeinden der Kommunalverbände und die einzelnen Landwirte ihrer Gemeinden. Die Übernahme der Ernte erfolgt durch Kommissionsmitglieder, die nach der Ernte des von ihnen zusammengekauften Getreides bezahlt werden müssen. Auf diesem Gebiet dürfte der Getreidehandel mehr als bisher zur Wirtenschaft herangezogen werden. Zur Bekämpfung des Schleichhandels wird den Kommunalverbänden die Pflicht auferlegt, Vorräte, die getreideartig hergestellt oder in den Verkehr gebracht sind, ohne Entschädigung für

Die Reichs-
Zerstörer
Reichs-
Gen-
für die neue
Kommun-
stellen, in
2. das be-
hante
Ernte-
zurück-
halten ge-
sicherung
Politik
fortföhr-
sollte ston-
sich um
So
endlich ein
für ent-
Anerken-
licher Ze-
Schlichter
Zidler a
Hoffe
nicht we-
erweden
An
gunde hüt-
Ein
geraten.
Soll aus
der an im
moriert
reizen für
und fide-
Cid Eng-
aufnehmen
Die
durch ein
Londoner
Der läßt
Gottes G-
enden.
Der
ist nicht
sicht über
beobacht
in den
siner We-
sicht, wenn
das nicht
hier, die
Der
Ameri-
nen Wirt-
er einer
möglich.
Diese
Neapel.
tranz Ge-
Schweize,
Einbürger-
mindest
Verbot
von Ado-
unterstüt-
überführt
bekämpf-
Bei
U-Boote
Rohzuck-
zeuge in
nicht we-
Unter-
scheiden
nen) mit
sich be-
Tonnen)
Scrapis-
Marefite,
der eug
ich be-
6000 Ton-
der por-
Wia u
Lifaban,

die Reichsgereidestelle wegzunehmen. Endlich wird den Brauereien und Nahrungsmittelfabriken der Ankauf von Hefe und Gerste auf Grund von Beschlüssen unterliegt; die Zuteilung an sie erfolgt künftig ausschließlich durch die Reichsgereidestelle.

Ebenso bedeutungsvoll wie diese Wirtschaftsvorschriften ist die neue Kontrollmaßnahme der Wirtschaftskarte, für jeden landwirtschaftlichen Betrieb hat der Kommunalverband in Zukunft eine Wirtschaftskarte auszustellen, in die eingetragen werden muß 1. die Bodenfläche, 2. das vorhandene Vieh (Biehliste), 3. die mit Grund behaftete Fläche, 4. das Ergebnis der Ernte-Vorrichtung und Ernte-Maßnahmen, 5. das zurückbehaltene Saatgut, 6. das zurückbehaltene Futtermittel, 7. die Zahl der zum Haushalt gehörigen Personen, 8. der für die Selbstversorgung zurückbehaltene Bedarfsanteil, 9. die übrigbleibende ablieferungspflichtige Menge, 10. der Betrag der erfolgten Pflanzung, 11. die für die Ernährung und Verfertigung schwerkraftverwendeten Mengen (Verbrauchs- und Verfertigungskontrolle), 12. Anfaufe und Verkäufe von Saatgut. Durch diese Kontrollkarte werden Schleichungen, wie das Verheimlichen und Verheimlichen von Vorräten erschwert.

So zeigen die Wirtschaftsvorschriften für 1917 endlich eine Besserung. Bringt man die nötige Energie dazu, auf die Verwaltungsverbindungen namentlich in Bezug auf die Durchführung der Wirtschaftskarte, dann kann ein erheblicher Teil der Klagen über die schlechte Ausführung der Selbstversorgung und jämmerliche Veranschlagung der Erzeugnisse aus der Welt geschafft werden.

Hoffentlich entfällt die Praxis der Durchführung nicht wieder die Erwartungen, die der ausgearbeitete Plan erwecken muß.

Die deutschen Ganner.

In der Revier „Nicothé“, dem Warte Heres, wird folgende hübsche Geschichte erzählt:

Ein Zünder ist in deutsche Gefangenschaft geraten. Dort muß er leben, wie alle seine Lebensgefährten, doch auf der Heimat erhalten, während er keinen Menschen hat, der an ihm denkt. Nachdem er sich lange vergeblich sein Hirn gerortet hat, mit ihm in der Heimat er wohl in Verhaftung sein könnte, befragt er sich endlich eines Tages eine neue Feder und schreibt in seiner besten Handschrift an den Herrgott von Old England, ihm doch so bald als möglich 10 Pfund Sterling zukommen zu lassen.

Die Posten mit ihrem eifelhaften Takte lassen den Brief durch. Es ist ihnen ein Herzensschmerz, diese Gaudelater zu versenden — Gott rufen England. So kommt der Brief auf das Londoner Kriegsministerium, wo er Major George vordrückt wird. Der läßt dem frommen Zünder im Namen des guten alten Gottes Englands drei englische Pfund, gleich 30 Mark, überreichen.

Der Zünder aber, dem die drei Pfund ausgezahlt werden, ist nicht davon zu überzeugen, daß der liebe Gott ihm nur zum letzten Mal drei Pfund schickt, wenn er ihn um zehn ersucht. Er schreibt deshalb einen ebenfalls an die richtige Adresse gelauteten Brief an den Herrgott in England, indem er sich sehr für die Erfüllung seiner Bitte bedankt, aber zum Schluß hinzufügt: „Woh, lieber Gott, wenn Du mir wieder mal Geld schickst, dann dich gut zu, ob das nicht auf anderem Wege möglich ist als durch diese Ganner hier, die mir sieben Pfund abgezogen haben.“

Ein Kriegsbegeisteter.

Der Signor Palabella, erzählt der sozialdemokratische „Arbeiter“, war ein begeisterter Antirentist. In jenen demokratischen Monaten, da Italien auf die Seite des Verbandes trat, war er einer von denen, die am eifrigsten für den Krieg Stimmung machten.

Dieser Tage nun stand er vor dem Kriegsgericht in Neapel. Kaum zu den Waffen gerufen, hatte er sich nämlich traut gemeldet. Wie aus der Anklage hervorging, konnten die Geschworenen, die ihn vom Militärdienst befreien sollten, nur durch Einwirkung mit Vergin entkommen sein. Der Kriegsbegeisterter wachte seine ganze südländische Beerdienbarkeit aus, um sich von dem Bedacht zu reinigen. Aber obgleich ihm darin ein ganzer Stoß von Advokaten, darunter die Deputierten Soraceni und Serra, unterstützten, hielt ihn das Kriegsgericht doch der Schuld für überführt und verurteilte ihn wegen Simulierens und Selbstbeschädigung.

Notizen.

Weitere Arbeit der U-Boote. Durch unsere U-Boote sind im Atlantischen Ozean und in der Nordsee weitere 18 Dampfer, 6 Segler, 3 Fischerfahrzeuge mit 53 600 Bruttoregistertonnen vernichtet worden.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich: die englische bewaffnete Dampfer „Isle of Jura“ (3809 Tonnen) mit 2000 Tonnen Munition und 3197 Tonnen Kohle von Middlesborough nach Savona, „Quintfred“ (8151 Tonnen) mit 10 000 Stüdtgut von Plymouth nach Gibraltar, „Scapio“ (1932 Tonnen) mit Kohlen von Glasgow nach Marseille, Kapitän und Steuermann gefangen genommen, der englische Dreimastdampfer „Violet“, der italienische bewaffnete Dampfer „Baldiera“ (4637 Tonnen) mit 6000 Tonnen Munition von Neapel nach Genua, der portugiesische Dampfer „Epinho“ mit Getreide, Reis und sehr vielen Schweinen von Casablanca nach Lifabon, die russische Schoner „Ara“ mit 712 Tonnen

Zunahme von Tschow nach Sabis, „Gaita“ mit 600 Tonnen Salz nach Jodan; ferner zwei Dampfer mit England-Kurs, die durch Torpedobootangriff aus einem Geleitzug herausgeschossen wurden, ein mittelgroßer schwer beladener Dampfer, aus Herforderzeugung herausgeschossen, und ein bewaffneter großer Dampfer mit Kohlen von America nach Oten. Ein neutraler Dampfer, der in Charter der französischen Regierung fuhr, hatte Gewehre und Munition von Marseille nach Zafar an Bord. Die Ladungen der übrigen versenkten Schiffe befanden, soweit sie haben festgestellt werden können, in der Hauptsache aus Kohlen, Stüdtgut und Wolle.

Auf Grund der bisher vorliegenden Meldungen unter U-Boote ist schon jetzt zu übersehen, daß die U-Boote-Erfolge des Monats Juni die des Monats Mai erheblich übersteigen werden.

Über den Luftangriff auf Sarawak, der im gestrigen Vereinsbericht gemeldet wurde, liegen heute folgende amtlichen englischen Nachrichten vor: Am 1. Uhr morgens ereignete ein feindliches Flugzeug über der Küste von Sarawak, 12 bis 14 Flugzeuge griffen Sarawak an. Die Abwehrkräfte zersetzten, obwohl das Wetter unklar war, das feindliche Geschwader. Mehrere Flugzeuge vertrieben den Angreifer in einen Kampf. Der Feind wandte sich, ohne einen Erfolg, ins Innere des Landes nach Norden, wieder fortwärts. Der Angriff dauerte einige Minuten. Nach amtlicher Meldung blieben sich die Schiffe. Über das heutige Ereignis sind 11 Tote und 26 Verwundete.

Gegen die Mietpreiserhöbungen. Eine im Reichstag eingebrachte kleine Anfrage der sozialdemokratischen Abgeordneten Göhrke, Hiltmann, Jädel und Silberstein wird jetzt folgende Beantwortung von Hausbesitzerorganisationen sowie einzelnen Hausbesitzern in Groß-Berlin und anderen Städten des Reichs seit einiger Zeit planmäßig vorgenommenen Mißnahmen und Mietsteigerungen um 10 bis 33 Prozent. „Betroffen davon werden“, heißt es in der Anfrage, „sowohl zahlungsfähigere wie zahlungsunfähige Mieter, Familien von Kriegsteilnehmern wie Nichtkriegsteilnehmern, Bewohner von Schulen mit und ohne Zentralheizung, welche unüberzähligen Schritte gegen die Herr Reichsregierung gegen diese schwere Belastung und Verunmöglichung der Arbeiterschaft und des kleinen Mittelstandes zu tun?“

Behördliche Kenntnisaufnahme der Mietpreise. Aus Tübingen wird uns gemeldet: Die Dornier-Normenkontrollen hat mehrere Hausbesitzer, die einen erhöhten Mietpreis verlangten, ohne die Genehmigung zur Erhöhung eingeholt zu haben, der Staatsanwaltschaft zur Strafverfolgung angezeigt.

Gesuch für Nola Luxemburg. Das holländisch-luxemburgische Konsulat in Stockholm rücht an die deutsche Regierung das Gesuch, Nola Luxemburg freizulassen, damit sie an der Stockholm-Konferenz teilnehmen könne. Nola Luxemburg befindet sich in Zwangsunterschied in Wroclaw.

Die Besprechungen in Stockholm. An der Konferenz, die am Mittwoch in Stockholm mit den russischen Delegierten abgehalten wurde, waren zugegen die Russen Malanow, Gelendew, Sminow, Tschukin und Kowalew, die Schweden Venting, Gulow, Koller, Ederberg und Andersson, der Holländer Bollagen, die Dänen Rins Bang und Vorchjens. — Nola war zunächst das Gegenstück der russischen Initiative auf Einberufung einer allgemeinen Konferenz aus Arbeiter- und Soldaten-Blat, indem nicht allein alle sozialistischen Gruppen, sondern auch die wirkliche Volksmacht Russlands, ihr Friedensprogramm ist auch das der Regierung. Der Friede sei an dem Tage möglich, an welchem die Sozialisten aller Länder ihre Regierungen zwingen, jedes imperialistische Kriegsziel aufzugeben. Die russischen Delegierten hatten ferner am Dienstag eine Besprechung mit der Zimmerwald-Kommission. Am Mittwoch nachmittag fand eine Besprechung mit der deutschen Mission statt. Dann eine solche mit dem deutschen Reichstag sowie mit dem österreichischen Gesandten Adler und dem ungarischen Gesandten Wetner. Die Besprechung, die Adler, Müller und Wetner mit den russischen Delegierten hatten, hat den Eindruck hinterlassen, daß die Aussichten auf das Zustandekommen der allgemeinen Konferenz günstiger erscheinen als bisher, wenn auch der Zeitpunkt für die Konferenz durch die bekannten Umstände hinausgeschoben wurde.

Nachrichte des italienischen Marineministers. Der italienische Marineminister Trianni ist zurückgekehrt. Der Wunsch seines Ministers ist die in der Organisation der Flotte von ihm gemachte und in der öffentlichen Meinung von Turati wiederholte Bemerkung, daß die militärische Hilfe Americas praktisch wertlos sei.

Unter deutschem Freigeist. „National Tidende“ meldet aus Malmö: Von den Dampfern, die sich des deutschen Geleitzugs am 1. Juli bedienten, sind sieben in Göteborg, zwei in Göteborg angekommen. Die Ladungen bestehen aus dringend notwendigen Waren und Kohlen.

Luftangriffe.

Am 1. Juli wird darüber mitgeteilt: Die deutschen Flugzeugabwehrunternehmen in den letzten Nächten zahlreiche Flüge. In der Nacht zum 3. Juli griff ein Geschwader englischer Munitionslager der Airo 3400 Kilogramm Bomben an. Der Erfolg war durchschlagend. Einmal das angrenzende Ziel 30 Kilometer vor der Front liegt, konnten unsere Truppen in ihren Zellen 4 große antianthropische Explosionen und einen die zum Morgen anhaltenden Brand beobachten.

Am Nachmittag des 4. Juli waren andre Geschwader und 2300 Kilogramm Bomben auf die Bahnhöfe von Chanah in Aisne, weitere 200 Kilogramm Bomben auf feindliche Bahnlager bei Craonne.

In der Nacht zum 4. Juli griff ein Bombengeschwader die Industrieanlagen von Bommen im Aisne an. Es waren insgesamt 6500 Kilogramm Sprengmunition auf das Ziel. In der Zeit von 11 bis 3 Uhr nachts folgte ein Angriff mit mehreren Hundert Meter Feuer. Zahlreiche

Treffer im Ziel wurden elenbar beobachtet und mehrere Explosionen mit grüner Feuerentwicklung festgestellt.

Sowohl die angrenzenden Anlagen in dem Richte der industriellen Einrichtungen hell erleuchtet waren, und von den Abwehrbatterien heftig beschossen wurden, ferner sämtliche Anlagen in ihren Dimensionen zurück. Auch die zur Abwehr eingesetzten feindlichen Flugzeuge konnten die Durchdringung des Angriffs nicht verhindern.

Der Angriff hat den für die französischen Kriegsräte überaus wichtigen Eisen- und Stahlanlagen bedeutenden Schaden zugefügt. Der Schlag trifft die feindliche Kriegswirtschaft um so härter, als die Betriebe im Aisne-Industriegebiet schon mehrfach durch die deutschen Angreifer am Tage hinaus stillgelegt wurden.

Ein andrer Angriff auf einen der Hauptstützpunkte und Schlupfwinkel der englischen „Royal Air Force“. Am 4. Juli vormitags 8 Uhr ereignete deutsche Flugzeugabwehr über Sarawak und belagerte Stellung und Kriegsflieger angriff mit Brand- und Sprengbomben. Die Großflieger ereignen in Aisne, Sarawak, Dornier, Dornier, auf einem Hügel und mehreren Kriegsschiffen zahlreiche Volltreffer. Mehrere Schiffe erlitten deutliche Beschädigung der Einsätze. In den Docks entstand ein großer Brand, der während des Nachmittags über See nach lange zu erkennen war. Der dem Ueberschuss folgende militärische Schaden ist bedeutend.

Der Nachrichtendienst des Feindes hat diesmal besser gearbeitet. Schon vor der Abwehr-Meldung empfing das Flugzeugabwehr Kommando die Nachricht von der durch die Luftangriffe bedingten Zerstörung der Werke. Der Feind folgte mit dem Feuer während des ganzen letzten Abends. Schöners harte Gegenwehr setzte über Sarawak ein. Weiter der Stellung um es mit den zur Abwehr getarnten feindlichen Fliegern zu zahlreichen Luftkämpfen. Die verließen ergebnislos für den Feind.

Der Südmarisch führte in erster Streife 150 Kilometer über Sarawak. In Gegen der Feinde erwarteten die feindlichen Hauptflieger von der Station Dornier das Bombengeschwader. Aber auch die mit ihnen sich entzündenden Gegenkämpfe brachten dem Feind keinen Erfolg. Die deutschen Flugzeuge sind vollständig in den Heimathafen gelandet.

Anruhe im Osten.

W. L. B. Großes Hauptquartier, 6. Juli 1917. (Amst.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Bei Dant und Regen herrschte tagsüber nur die gewöhnliche Stellungenspannung. Abends leuchtete bei besserer Sicht das Feuer mehr auf. Abends spielten sich mehrere Verbandsgefechte ab. Nur nördlich der Linie hielten Entzugs des mittlereinfachen Regiments nach ersticktem Kampfe eine größere Zahl von Franzosen aus ihren Gräben.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generaloberstfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. Zwischen Florow und Braganz nahm gestern der Artilleriekampf große Stärke an, sich nachts nach und nach seit Tagesanfang wieder gelindert.

Die Höhen, Dornier, Dornier und Ermogen war die Feuerstärke seit dem Feind sehr lebhaft.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph.

Erneute Bereitstellungen zu menschlicher Infanterie zum Angriff gegen einige von uns gebaute Gräben südlich des Gafnals wurden durch Beschießungseuer zertrümmert.

Gruppen des Generaloberstfeldmarschalls von Mackensen. In der unteren Dornier war der Feind unruhiger als in letzter Zeit.

Mazedonische Front. Keine großen Kampfhandlungen.

Der Erste Generalquartiermeister Lubendorff.

Russische Berichte.

Vom 8. Juli: Die Front: In der Richtung auf Plozow geht unsere Offensive mirsam weiter. Am 2. Juli gegen 3 Uhr nachmittags beschloß sich das Regiment Jaroff nach einem erbitterten Kampfe des Dorfes Reskore und die tapfern Truppen der 4. finnischen Division sowie die finnische 10. Division die Brigade der mächtig befestigten feindlichen Stellungen auf den Höhen westlich und südwestlich des Dorfes Reskore und des feindlichen Dorfes Kordilow, nachdem hier drei Linien feindlicher Gräben durchstoßen hatten. Der Gegner zog sich jenseits der Mala Strapa zurück. Die finnische Division brachte 1300 Offiziere und Soldaten, 4 Grabenbüchse, 9 Maschinengewehre und ein Minenwerfer ein. Die finnische 10. Division brachte 62 Offiziere, 3150 Mann, 15 Geschütze und zahlreiche Maschinengewehre ein. Dem Feind wurde gegen den Feind verwendet wurde. Hier nahmen ebenfalls feindliche Stellungen westlich von Reskore. Insofern brachten wir bei dem Kampfe am 2. Juli in der Richtung von Plozow 6800 Offiziere und Soldaten, 21 Geschütze, 16 Maschinengewehre und mehrere Minenwerfer ein. Die Zahl der Gefangenen wächst weiter. Südlich von Braganz gehen die Kämpfe weniger heftig weiter. Im Laufe des Kampfes am 2. Juli in dieser Gegend nahmen wir 53 Offiziere und 2200 Mann gefangen. In der übrigen Front Gemütsruhe.

Vom 4. Juli: In Richtung auf Kowel Artilleriekampf. In Richtung auf Plozow erbeuteten unsere Erkundungsabteilungen in Genes des Dorfes Gadow 11 deutsche Maschinengewehre. Ein deutsches Panzertankmobil, das in Gegen der Vorbedingungen verlor, wurde durch unsere Artillerie vertrieben. Leicht und südlich von Braganz war der Artilleriekampf von wechselnder Stärke. Hier schlugen durch Geschütze und Maschinengewehre bei dem Dorfe Westlich dem feindlichen Gegenangriff zurück.

Während der Kämpfe am 1. Juli nahmen nach einer vorläufigen Fassung unsere Truppen 300 Offiziere und 18 000 Soldaten gefangen und erbeuteten 20 Geschütze und 33 Maschinengewehre.

Kaufaufstand: Unsere Truppen nahmen nach Kämpfe die Stadt Beldin. Am Schwarzen Meer lief am 30. Juni ein unterer Torpedoboot alter Bauart auf eine Mine, die der Feind der einzigen Taube gelagert hatte.

Parteienoffen!

Auf Grund des Organisationsstatuts beruft der Parteivorstand den nächsten Parteitag auf

Sonntag den 19. August d. J. abends 7 Uhr,

nach dem

Östlichen Garten in Würzburg, Bismarckstraße 2,

ein.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Bericht des Parteivorstandes:

a) Allgemeines (Berichterstatter: Fr. Geert).

b) Kaffe (Berichterstatter: C. Braun).

2. Bericht der Kontrollkommission (Berichterstatter: Friedrich Brühl).

3. Bericht der Reichsorganisation (Berichterstatter: Dr. David).

4. Die nächsten Aufgaben der Partei (Berichterstatter: Philipp Scheidemann).

5. Anträge.

6. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des

Comités, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Parteienoffen! Wir fordern auch auf, die Vorarbeiten für den Parteitag, besonders die Wahl der Delegierten und die Stellung von Anträgen rechtzeitig zu bewirken. Die Anträge der Parteioffizianten müssen spätestens am 20. Juli im Besitz des Parteivorstandes sein, wenn sie nach den Bestimmungen des Organisationsstatuts veröffentlicht und in der gedruckten Vorlage für den Parteitag Aufnahme finden sollen. Den Anträgen eine beigegebene Begründungen können nicht veröffentlicht werden.

Die Berichte der Wahlkreisorganisationen werden bringend ersucht, dem Parteivorstand die Namen der gewählten Delegierten unter genauer Adressenangabe sobald mitzuteilen, damit ihnen die Vorlagen und sonstige Mitteilungen zugehen können.

Wegen Wohnungsverhältnisse müssen sich die Delegierten außerdem beim Lokalkomitee melden. Adresse:

Fritz Enders, Arbeitersekretär, Würzburg, Semmelstraße 16.

Die Mandatsformulars werden rechtzeitig durch uns verschickt.

Würzburg, den 6. Juli 1917.

Der Parteivorstand.

Deutscher Reichstag.

112. Sitzung.

Berlin, 6. Juli 1917, nachm. 3 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Anfragen.

Hg. Dittmann (Innab. Soz.): Ist dem Reichstagsleiter bekannt, daß das Generalamt in Leipzig verboten hat, zwei

Beauftragte der Weisungsgesellschaft, "die Wahrheit über die Arbeitslosigkeit der Arbeiter" zu veröffentlichen?

Wißt der Reichstagsleiter diese Parteinarbeit gegenüber einer einzelnen politischen Partei und was geht er zu tun, um die unangehörige Unterwerfung der Krieges- und Friedensfragen gegen solche Angriffe militärischer Weisungsgesellschaft zu verhindern?

Ministerdirektor Dr. Lohmann: Das Verbot des stellvertretenden Generalamts des 19. Armeekorps ist dem Reichstagsleiter bekannt. Eine Parteinarbeit gegenüber einer einzelnen politischen Partei in dieser Hinsicht zu verhindern, ist nicht zu verhindern. (Schäfer b. d. Innab. Soz.) Diese Annahme wird schon dadurch widerlegt, daß der Reichstag später mit dem Reichstag inhaltlich übereinstimmender Artikel in der Weisungsgesellschaft nicht beanstanden worden ist. Wenn die Verbreitung des Flugblattes unterliegt, ist es das aus Gründen der öffentlichen Sicherheit geboten. (Erneuter Schäfer b. d. Innab. Soz.) Die Verbreitung des Flugblattes wäre geeignet, Inlande in die Verleumdung durch einzelne scharfe Entgegnungen zu tragen, was in der jetzigen Zeit vermeiden werden muß. Die Verantwortung für die öffentliche Sicherheit und Ruhe trägt aber allein der verantwortliche Militärbehördenleiter.

Hg. Kautsch (Ztr. part.) an, ob der Reichstagsleiter bereit sei, umfassende Maßnahmen zur Sicherung der Guss- und Schmiedele für die weniger kaufkräftigen Verbraucher zu treffen.

Ministerdirektor Dr. Richter: Es ist dafür gesorgt, durch Steigerung der Produktion und durch Regelung der Rohmaterialversorgung durch die erforderliche Arbeit an Hauswirtschaft für Arbeitermittelklasse für den nächsten Winter zu Verfügung zu stellen.

Hg. Dose (Rechtl. Fr.) fragt an, was der Reichstagsleiter zu tun gedenkt, um die mit dringenden Aufträgen der Heeresleitung beschäftigte Industrie aber sonst als kriegerisch anerkannte Betriebe in Berlin und der Mark Brandenburg vor den Wirrungen der Verbringung über Einschränkung des Verbrauchs der elektrischen Arbeit zu schützen.

Ministerdirektor Dr. Richter: Der Reichstagsleiter verkennt nicht die große Bedeutung dieser Frage; sie unterliegt zurzeit noch der Prüfung.

Hg. Hilt (natl.) fragt an, ob infolge der durch den Kriegszustand entstehenden Notlage mit rückstehender Kraft Maßnahmen zur Erleichterung unzulastiger Kriegsgewinne herbeizuführen werden sollen.

Ein Direktor im Reichsjournale erwidert, daß zunächst das Ergebnis der Kommissionsberatungen zur Prüfung von Preisobergrenzen abgewartet werden müsse.

Hg. Güller (Soz.) fragt an, welche Schritte der Reichstagsleiter gegen die schmerzliche Belastung und Verunsicherung der Arbeiterklasse und des kleinen Mittelstandes durch die Wirtschaftskrisis und die Wirtschaftskrisis durch die Wirtschaftskrisis zu tun gedenkt.

Ministerdirektor Dr. Lohmann: Die schwierige wirtschaftliche Lage der nächsten Monate ist zu berücksichtigen. Sie durch Wirtschaftskrisis abzumildern, erscheint notwendig, das Streben jedoch nur so weit heranzuführen, als die Wirtschaftskrisis notwendig sind, um den wirtschaftlichen Hausbesitz vor wirtschaftlichem Zusammenbruch zu bewahren. Es sollen Einrichtungen getroffen werden, um im Einzelfall die Notwendigkeit von Wirtschaftskrisis nachzuprüfen und Mittel zu schaffen. Der Reichstagsleiter wird alsbald mit entsprechenden Vorschlägen an den Bundesrat beratscheln.

Es folgt der Bericht des Verfassungsausschusses über die Fragen der

Veränderung des Wahlrechts im Reich.

Der Ausschuss verlangt eine Vorlage, in der bis zu einer allgemeinen Ausdehnung des Wahlrechts der Wahlkreis für den Reichstagsleiter zu tun gedenkt.

Der Ausschuss verlangt eine Vorlage, in der bis zu einer allgemeinen Ausdehnung des Wahlrechts der Wahlkreis für den Reichstagsleiter zu tun gedenkt.

Der Ausschuss verlangt eine Vorlage, in der bis zu einer allgemeinen Ausdehnung des Wahlrechts der Wahlkreis für den Reichstagsleiter zu tun gedenkt.

Der Ausschuss verlangt eine Vorlage, in der bis zu einer allgemeinen Ausdehnung des Wahlrechts der Wahlkreis für den Reichstagsleiter zu tun gedenkt.

Der Ausschuss verlangt eine Vorlage, in der bis zu einer allgemeinen Ausdehnung des Wahlrechts der Wahlkreis für den Reichstagsleiter zu tun gedenkt.

Der Ausschuss verlangt eine Vorlage, in der bis zu einer allgemeinen Ausdehnung des Wahlrechts der Wahlkreis für den Reichstagsleiter zu tun gedenkt.

Der Ausschuss verlangt eine Vorlage, in der bis zu einer allgemeinen Ausdehnung des Wahlrechts der Wahlkreis für den Reichstagsleiter zu tun gedenkt.

Der Ausschuss verlangt eine Vorlage, in der bis zu einer allgemeinen Ausdehnung des Wahlrechts der Wahlkreis für den Reichstagsleiter zu tun gedenkt.

Der Ausschuss verlangt eine Vorlage, in der bis zu einer allgemeinen Ausdehnung des Wahlrechts der Wahlkreis für den Reichstagsleiter zu tun gedenkt.

Der Ausschuss verlangt eine Vorlage, in der bis zu einer allgemeinen Ausdehnung des Wahlrechts der Wahlkreis für den Reichstagsleiter zu tun gedenkt.

Der Ausschuss verlangt eine Vorlage, in der bis zu einer allgemeinen Ausdehnung des Wahlrechts der Wahlkreis für den Reichstagsleiter zu tun gedenkt.

Der Ausschuss verlangt eine Vorlage, in der bis zu einer allgemeinen Ausdehnung des Wahlrechts der Wahlkreis für den Reichstagsleiter zu tun gedenkt.

Der Ausschuss verlangt eine Vorlage, in der bis zu einer allgemeinen Ausdehnung des Wahlrechts der Wahlkreis für den Reichstagsleiter zu tun gedenkt.

Der Ausschuss verlangt eine Vorlage, in der bis zu einer allgemeinen Ausdehnung des Wahlrechts der Wahlkreis für den Reichstagsleiter zu tun gedenkt.

Der Ausschuss verlangt eine Vorlage, in der bis zu einer allgemeinen Ausdehnung des Wahlrechts der Wahlkreis für den Reichstagsleiter zu tun gedenkt.

Der Ausschuss verlangt eine Vorlage, in der bis zu einer allgemeinen Ausdehnung des Wahlrechts der Wahlkreis für den Reichstagsleiter zu tun gedenkt.

Der Ausschuss verlangt eine Vorlage, in der bis zu einer allgemeinen Ausdehnung des Wahlrechts der Wahlkreis für den Reichstagsleiter zu tun gedenkt.

Der Ausschuss verlangt eine Vorlage, in der bis zu einer allgemeinen Ausdehnung des Wahlrechts der Wahlkreis für den Reichstagsleiter zu tun gedenkt.

Der Ausschuss verlangt eine Vorlage, in der bis zu einer allgemeinen Ausdehnung des Wahlrechts der Wahlkreis für den Reichstagsleiter zu tun gedenkt.

Der Ausschuss verlangt eine Vorlage, in der bis zu einer allgemeinen Ausdehnung des Wahlrechts der Wahlkreis für den Reichstagsleiter zu tun gedenkt.

Der Ausschuss verlangt eine Vorlage, in der bis zu einer allgemeinen Ausdehnung des Wahlrechts der Wahlkreis für den Reichstagsleiter zu tun gedenkt.

Der Ausschuss verlangt eine Vorlage, in der bis zu einer allgemeinen Ausdehnung des Wahlrechts der Wahlkreis für den Reichstagsleiter zu tun gedenkt.

Der Ausschuss verlangt eine Vorlage, in der bis zu einer allgemeinen Ausdehnung des Wahlrechts der Wahlkreis für den Reichstagsleiter zu tun gedenkt.

Der Ausschuss verlangt eine Vorlage, in der bis zu einer allgemeinen Ausdehnung des Wahlrechts der Wahlkreis für den Reichstagsleiter zu tun gedenkt.

Der Ausschuss verlangt eine Vorlage, in der bis zu einer allgemeinen Ausdehnung des Wahlrechts der Wahlkreis für den Reichstagsleiter zu tun gedenkt.

Der Ausschuss verlangt eine Vorlage, in der bis zu einer allgemeinen Ausdehnung des Wahlrechts der Wahlkreis für den Reichstagsleiter zu tun gedenkt.

Der Ausschuss verlangt eine Vorlage, in der bis zu einer allgemeinen Ausdehnung des Wahlrechts der Wahlkreis für den Reichstagsleiter zu tun gedenkt.

Der Ausschuss verlangt eine Vorlage, in der bis zu einer allgemeinen Ausdehnung des Wahlrechts der Wahlkreis für den Reichstagsleiter zu tun gedenkt.

Der Ausschuss verlangt eine Vorlage, in der bis zu einer allgemeinen Ausdehnung des Wahlrechts der Wahlkreis für den Reichstagsleiter zu tun gedenkt.

Der Ausschuss verlangt eine Vorlage, in der bis zu einer allgemeinen Ausdehnung des Wahlrechts der Wahlkreis für den Reichstagsleiter zu tun gedenkt.

Der Ausschuss verlangt eine Vorlage, in der bis zu einer allgemeinen Ausdehnung des Wahlrechts der Wahlkreis für den Reichstagsleiter zu tun gedenkt.

Der Ausschuss verlangt eine Vorlage, in der bis zu einer allgemeinen Ausdehnung des Wahlrechts der Wahlkreis für den Reichstagsleiter zu tun gedenkt.

bei allgemeinem, gleichem, direktem Wahlrecht mit allgemeiner Zustimmung gewählt, an der alle über 20 Jahre alten Reichsbürger ohne Unterbrechung des Geschlechts teilnehmen. Die Wahl soll an einem Sonntag oder Feiertag stattfinden.

Comitésekretär Dr. Helfferich: In Über einstimmung mit dem Beschluß des Verfassungsausschusses wird die verbindlichen Regelungen der Wahl, das eine Neuordnung hinsichtlich der Wahlkreise mit besonders strengen Berücksichtigungsmassnahmen geboten ist. Es werden dem Reichstag eine Vorlage vorgelegt, die eine angemessene Vermehrung der Mandate dieser Wahlkreise vorschlägt. Die Vorlage wird dem Reichstag zu zeitig vorgelegt, daß die nächsten Wahlen bereits auf der Grundlage der beschlossenen Änderungen vorgenommen werden. Diese Änderungen folgen in der Abhängigkeit des Ausmaßes unserer innerpolitischen Lage, die die die freie und fruchtbare Mitarbeit aller Glieder des Staates und Reichs sichern, für die das Volk den Vorschlag hat, und die zeitlich angelegentlich ist. Sie entsprechen dem Geiste der Oberbestimmung und wird in diesem Geiste durchgeführt werden. (Beifall.)

Hg. Dr. Urbanauer (Soz.):

Wären unsere Anträge im Hinblick angenommen worden und hätten sie die Zustimmung der Regierung gefunden, so wäre in der Zeit ein verheerendes Verfallungsprogramm möglich gewesen, während des Gegensatz der Verfallungsbedingungen noch mehr bedeutet. Erfolgreich ist in diesem Ergebnis der Besatz des Repräsentationswahlrechts, in dem wenigstens eine Anzahl unter Verhältnissen zu sehen ist. Aber weiter verlangen wir die volle politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung der Arbeiterklasse, das ist nicht nur eine politische Forderung, sondern eine Kulturforderung allererster Ranges, für die der Reichstag seine stärke Begründungen gebracht hat. An den drei Streiktagen sind Millionen und aber Millionen von Frauen auf eine Stufe gestellt worden und haben bewiesen, daß sie im Dienst der Gesamtheit zu wirken imstande sind. Wenn unter dem aus diesem streikenden Krieg zu beruhigen wird, haben wir das in aller erster Linie unsere Frauen zu denken. Wie will man es denn noch rechtfertigen, daß sie noch fernher auf Arbeit und nicht auf Gehalt der Ehegatten leben dürfen? (Zehr richtig b. d. Soz.) Das Wort "freie Frauen dem Reichstag" muss auch für die Frauen gelten. Die Frauen und Mütter werden einmal imstande sein, einen solchen unheilvollen Krieg zu verhindern, den die Männer in untrübe Zeit nicht haben werden können. (Beif. Zeit. b. d. Soz.) Weiter verlangen wir die

Schaffung des Wahlrechts.

Gerade bei der ererbenden Klasse müssen die jungen Leute schon in sehr frühen Jahren schulpflichtig sein und die große Verantwortung für ihre ganze Lebensführung tragen. Diese jungen Männer zahlen Steuern, sie sind schulpflichtig und fordern jetzt den Krieg aus, sie sollen auch die Verantwortung tragen, die Männer in die Bahngänge werden. Reichlich bekommen wir nicht, das ist die staatsbürgerliche Erziehung der Jugend eine weit härtere werden muß.

Die Verhältnisse sind für die Arbeiter nicht in Wahlkreisen mit besonders strengen Berücksichtigungsmassnahmen geboten ist. Es werden dem Reichstag eine Vorlage vorgelegt, die eine angemessene Vermehrung der Mandate dieser Wahlkreise vorschlägt. Die Vorlage wird dem Reichstag zu zeitig vorgelegt, daß die nächsten Wahlen bereits auf der Grundlage der beschlossenen Änderungen vorgenommen werden. Diese Änderungen folgen in der Abhängigkeit des Ausmaßes unserer innerpolitischen Lage, die die die freie und fruchtbare Mitarbeit aller Glieder des Staates und Reichs sichern, für die das Volk den Vorschlag hat, und die zeitlich angelegentlich ist. Sie entsprechen dem Geiste der Oberbestimmung und wird in diesem Geiste durchgeführt werden. (Beifall.)

Wären unsere Anträge im Hinblick angenommen worden und hätten sie die Zustimmung der Regierung gefunden, so wäre in der Zeit ein verheerendes Verfallungsprogramm möglich gewesen, während des Gegensatz der Verfallungsbedingungen noch mehr bedeutet. Erfolgreich ist in diesem Ergebnis der Besatz des Repräsentationswahlrechts, in dem wenigstens eine Anzahl unter Verhältnissen zu sehen ist. Aber weiter verlangen wir die volle politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung der Arbeiterklasse, das ist nicht nur eine politische Forderung, sondern eine Kulturforderung allererster Ranges, für die der Reichstag seine stärke Begründungen gebracht hat. An den drei Streiktagen sind Millionen und aber Millionen von Frauen auf eine Stufe gestellt worden und haben bewiesen, daß sie im Dienst der Gesamtheit zu wirken imstande sind. Wenn unter dem aus diesem streikenden Krieg zu beruhigen wird, haben wir das in aller erster Linie unsere Frauen zu denken. Wie will man es denn noch rechtfertigen, daß sie noch fernher auf Arbeit und nicht auf Gehalt der Ehegatten leben dürfen? (Zehr richtig b. d. Soz.) Das Wort "freie Frauen dem Reichstag" muss auch für die Frauen gelten. Die Frauen und Mütter werden einmal imstande sein, einen solchen unheilvollen Krieg zu verhindern, den die Männer in untrübe Zeit nicht haben werden können. (Beif. Zeit. b. d. Soz.) Weiter verlangen wir die

Schaffung des Wahlrechts.

Gerade bei der ererbenden Klasse müssen die jungen Leute schon in sehr frühen Jahren schulpflichtig sein und die große Verantwortung für ihre ganze Lebensführung tragen. Diese jungen Männer zahlen Steuern, sie sind schulpflichtig und fordern jetzt den Krieg aus, sie sollen auch die Verantwortung tragen, die Männer in die Bahngänge werden. Reichlich bekommen wir nicht, das ist die staatsbürgerliche Erziehung der Jugend eine weit härtere werden muß.

Die Verhältnisse sind für die Arbeiter nicht in Wahlkreisen mit besonders strengen Berücksichtigungsmassnahmen geboten ist. Es werden dem Reichstag eine Vorlage vorgelegt, die eine angemessene Vermehrung der Mandate dieser Wahlkreise vorschlägt. Die Vorlage wird dem Reichstag zu zeitig vorgelegt, daß die nächsten Wahlen bereits auf der Grundlage der beschlossenen Änderungen vorgenommen werden. Diese Änderungen folgen in der Abhängigkeit des Ausmaßes unserer innerpolitischen Lage, die die die freie und fruchtbare Mitarbeit aller Glieder des Staates und Reichs sichern, für die das Volk den Vorschlag hat, und die zeitlich angelegentlich ist. Sie entsprechen dem Geiste der Oberbestimmung und wird in diesem Geiste durchgeführt werden. (Beifall.)

Wären unsere Anträge im Hinblick angenommen worden und hätten sie die Zustimmung der Regierung gefunden, so wäre in der Zeit ein verheerendes Verfallungsprogramm möglich gewesen, während des Gegensatz der Verfallungsbedingungen noch mehr bedeutet. Erfolgreich ist in diesem Ergebnis der Besatz des Repräsentationswahlrechts, in dem wenigstens eine Anzahl unter Verhältnissen zu sehen ist. Aber weiter verlangen wir die volle politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung der Arbeiterklasse, das ist nicht nur eine politische Forderung, sondern eine Kulturforderung allererster Ranges, für die der Reichstag seine stärke Begründungen gebracht hat. An den drei Streiktagen sind Millionen und aber Millionen von Frauen auf eine Stufe gestellt worden und haben bewiesen, daß sie im Dienst der Gesamtheit zu wirken imstande sind. Wenn unter dem aus diesem streikenden Krieg zu beruhigen wird, haben wir das in aller erster Linie unsere Frauen zu denken. Wie will man es denn noch rechtfertigen, daß sie noch fernher auf Arbeit und nicht auf Gehalt der Ehegatten leben dürfen? (Zehr richtig b. d. Soz.) Das Wort "freie Frauen dem Reichstag" muss auch für die Frauen gelten. Die Frauen und Mütter werden einmal imstande sein, einen solchen unheilvollen Krieg zu verhindern, den die Männer in untrübe Zeit nicht haben werden können. (Beif. Zeit. b. d. Soz.) Weiter verlangen wir die

Die Verhältnisse sind für die Arbeiter nicht in Wahlkreisen mit besonders strengen Berücksichtigungsmassnahmen geboten ist. Es werden dem Reichstag eine Vorlage vorgelegt, die eine angemessene Vermehrung der Mandate dieser Wahlkreise vorschlägt. Die Vorlage wird dem Reichstag zu zeitig vorgelegt, daß die nächsten Wahlen bereits auf der Grundlage der beschlossenen Änderungen vorgenommen werden. Diese Änderungen folgen in der Abhängigkeit des Ausmaßes unserer innerpolitischen Lage, die die die freie und fruchtbare Mitarbeit aller Glieder des Staates und Reichs sichern, für die das Volk den Vorschlag hat, und die zeitlich angelegentlich ist. Sie entsprechen dem Geiste der Oberbestimmung und wird in diesem Geiste durchgeführt werden. (Beifall.)

Wären unsere Anträge im Hinblick angenommen worden und hätten sie die Zustimmung der Regierung gefunden, so wäre in der Zeit ein verheerendes Verfallungsprogramm möglich gewesen, während des Gegensatz der Verfallungsbedingungen noch mehr bedeutet. Erfolgreich ist in diesem Ergebnis der Besatz des Repräsentationswahlrechts, in dem wenigstens eine Anzahl unter Verhältnissen zu sehen ist. Aber weiter verlangen wir die volle politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung der Arbeiterklasse, das ist nicht nur eine politische Forderung, sondern eine Kulturforderung allererster Ranges, für die der Reichstag seine stärke Begründungen gebracht hat. An den drei Streiktagen sind Millionen und aber Millionen von Frauen auf eine Stufe gestellt worden und haben bewiesen, daß sie im Dienst der Gesamtheit zu wirken imstande sind. Wenn unter dem aus diesem streikenden Krieg zu beruhigen wird, haben wir das in aller erster Linie unsere Frauen zu denken. Wie will man es denn noch rechtfertigen, daß sie noch fernher auf Arbeit und nicht auf Gehalt der Ehegatten leben dürfen? (Zehr richtig b. d. Soz.) Das Wort "freie Frauen dem Reichstag" muss auch für die Frauen gelten. Die Frauen und Mütter werden einmal imstande sein, einen solchen unheilvollen Krieg zu verhindern, den die Männer in untrübe Zeit nicht haben werden können. (Beif. Zeit. b. d. Soz.) Weiter verlangen wir die

Die Verhältnisse sind für die Arbeiter nicht in Wahlkreisen mit besonders strengen Berücksichtigungsmassnahmen geboten ist. Es werden dem Reichstag eine Vorlage vorgelegt, die eine angemessene Vermehrung der Mandate dieser Wahlkreise vorschlägt. Die Vorlage wird dem Reichstag zu zeitig vorgelegt, daß die nächsten Wahlen bereits auf der Grundlage der beschlossenen Änderungen vorgenommen werden. Diese Änderungen folgen in der Abhängigkeit des Ausmaßes unserer innerpolitischen Lage, die die die freie und fruchtbare Mitarbeit aller Glieder des Staates und Reichs sichern, für die das Volk den Vorschlag hat, und die zeitlich angelegentlich ist. Sie entsprechen dem Geiste der Oberbestimmung und wird in diesem Geiste durchgeführt werden. (Beifall.)

Wären unsere Anträge im Hinblick angenommen worden und hätten sie die Zustimmung der Regierung gefunden, so wäre in der Zeit ein verheerendes Verfallungsprogramm möglich gewesen, während des Gegensatz der Verfallungsbedingungen noch mehr bedeutet. Erfolgreich ist in diesem Ergebnis der Besatz des Repräsentationswahlrechts, in dem wenigstens eine Anzahl unter Verhältnissen zu sehen ist. Aber weiter verlangen wir die volle politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung der Arbeiterklasse, das ist nicht nur eine politische Forderung, sondern eine Kulturforderung allererster Ranges, für die der Reichstag seine stärke Begründungen gebracht hat. An den drei Streiktagen sind Millionen und aber Millionen von Frauen auf eine Stufe gestellt worden und haben bewiesen, daß sie im Dienst der Gesamtheit zu wirken imstande sind. Wenn unter dem aus diesem streikenden Krieg zu beruhigen wird, haben wir das in aller erster Linie unsere Frauen zu denken. Wie will man es denn noch rechtfertigen, daß sie noch fernher auf Arbeit und nicht auf Gehalt der Ehegatten leben dürfen? (Zehr richtig b. d. Soz.) Das Wort "freie Frauen dem Reichstag" muss auch für die Frauen gelten. Die Frauen und Mütter werden einmal imstande sein, einen solchen unheilvollen Krieg zu verhindern, den die Männer in untrübe Zeit nicht haben werden können. (Beif. Zeit. b. d. Soz.) Weiter verlangen wir die

Die Verhältnisse sind für die Arbeiter nicht in Wahlkreisen mit besonders strengen Berücksichtigungsmassnahmen geboten ist. Es werden dem Reichstag eine Vorlage vorgelegt, die eine angemessene Vermehrung der Mandate dieser Wahlkreise vorschlägt. Die Vorlage wird dem Reichstag zu zeitig vorgelegt, daß die nächsten Wahlen bereits auf der Grundlage der beschlossenen Änderungen vorgenommen werden. Diese Änderungen folgen in der Abhängigkeit des Ausmaßes unserer innerpolitischen Lage, die die die freie und fruchtbare Mitarbeit aller Glieder des Staates und Reichs sichern, für die das Volk den Vorschlag hat, und die zeitlich angelegentlich ist. Sie entsprechen dem Geiste der Oberbestimmung und wird in diesem Geiste durchgeführt werden. (Beifall.)

Wären unsere Anträge im Hinblick angenommen worden und hätten sie die Zustimmung der Regierung gefunden, so wäre in der Zeit ein verheerendes Verfallungsprogramm möglich gewesen, während des Gegensatz der Verfallungsbedingungen noch mehr bedeutet. Erfolgreich ist in diesem Ergebnis der Besatz des Repräsentationswahlrechts, in dem wenigstens eine Anzahl unter Verhältnissen zu sehen ist. Aber weiter verlangen wir die volle politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung der Arbeiterklasse, das ist nicht nur eine politische Forderung, sondern eine Kulturforderung allererster Ranges, für die der Reichstag seine stärke Begründungen gebracht hat. An den drei Streiktagen sind Millionen und aber Millionen von Frauen auf eine Stufe gestellt worden und haben bewiesen, daß sie im Dienst der Gesamtheit zu wirken imstande sind. Wenn unter dem aus diesem streikenden Krieg zu beruhigen wird, haben wir das in aller erster Linie unsere Frauen zu denken. Wie will man es denn noch rechtfertigen, daß sie noch fernher auf Arbeit und nicht auf Gehalt der Ehegatten leben dürfen? (Zehr richtig b. d. Soz.) Das Wort "freie Frauen dem Reichstag" muss auch für die Frauen gelten. Die Frauen und Mütter werden einmal imstande sein, einen solchen unheilvollen Krieg zu verhindern, den die Männer in untrübe Zeit nicht haben werden können. (Beif. Zeit. b. d. Soz.) Weiter verlangen wir die

Die Verhältnisse sind für die Arbeiter nicht in Wahlkreisen mit besonders strengen Berücksichtigungsmassnahmen geboten ist. Es werden dem Reichstag eine Vorlage vorgelegt, die eine angemessene Vermehrung der Mandate dieser Wahlkreise vorschlägt. Die Vorlage wird dem Reichstag zu zeitig vorgelegt, daß die nächsten Wahlen bereits auf der Grundlage der beschlossenen Änderungen vorgenommen werden. Diese Änderungen folgen in der Abhängigkeit des Ausmaßes unserer innerpolitischen Lage, die die die freie und fruchtbare Mitarbeit aller Glieder des Staates und Reichs sichern, für die das Volk den Vorschlag hat, und die zeitlich angelegentlich ist. Sie entsprechen dem Geiste der Oberbestimmung und wird in diesem Geiste durchgeführt werden. (Beifall.)

Wären unsere Anträge im Hinblick angenommen worden und hätten sie die Zustimmung der Regierung gefunden, so wäre in der Zeit ein verheerendes Verfallungsprogramm möglich gewesen, während des Gegensatz der Verfallungsbedingungen noch mehr bedeutet. Erfolgreich ist in diesem Ergebnis der Besatz des Repräsentationswahlrechts, in dem wenigstens eine Anzahl unter Verhältnissen zu sehen ist. Aber weiter verlangen wir die volle politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung der Arbeiterklasse, das ist nicht nur eine politische Forderung, sondern eine Kulturforderung allererster Ranges, für die der Reichstag seine stärke Begründungen gebracht hat. An den drei Streiktagen sind Millionen und aber Millionen von Frauen auf eine Stufe gestellt worden und haben bewiesen, daß sie im Dienst der Gesamtheit zu wirken imstande sind. Wenn unter dem aus diesem streikenden Krieg zu beruhigen wird, haben wir das in aller erster Linie unsere Frauen zu denken. Wie will man es denn noch rechtfertigen, daß sie noch fernher auf Arbeit und nicht auf Gehalt der Ehegatten leben dürfen? (Zehr richtig b. d. Soz.) Das Wort "freie Frauen dem Reichstag" muss auch für die Frauen gelten. Die Frauen und Mütter werden einmal imstande sein, einen solchen unheilvollen Krieg zu verhindern, den die Männer in untrübe Zeit nicht haben werden können. (Beif. Zeit. b. d. Soz.) Weiter verlangen wir die

Die Verhältnisse sind für die Arbeiter nicht in Wahlkreisen mit besonders strengen Berücksichtigungsmassnahmen geboten ist. Es werden dem Reichstag eine Vorlage vorgelegt, die eine angemessene Vermehrung der Mandate dieser Wahlkreise vorschlägt. Die Vorlage wird dem Reichstag zu zeitig vorgelegt, daß die nächsten Wahlen bereits auf der Grundlage der beschlossenen Änderungen vorgenommen werden. Diese Änderungen folgen in der Abhängigkeit des Ausmaßes unserer innerpolitischen Lage, die die die freie und fruchtbare Mitarbeit aller Glieder des Staates und Reichs sichern, für die das Volk den Vorschlag hat, und die zeitlich angelegentlich ist. Sie entsprechen dem Geiste der Oberbestimmung und wird in diesem Geiste durchgeführt werden. (Beifall.)

Wären unsere Anträge im Hinblick angenommen worden und hätten sie die Zustimmung der Regierung gefunden, so wäre in der Zeit ein verheerendes Verfallungsprogramm möglich gewesen, während des Gegensatz der Verfallungsbedingungen noch mehr bedeutet. Erfolgreich ist in diesem Ergebnis der Besatz des Repräsentationswahlrechts, in dem wenigstens eine Anzahl unter Verhältnissen zu sehen ist. Aber weiter verlangen wir die volle politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung der Arbeiterklasse, das ist nicht nur eine politische Forderung, sondern eine Kulturforderung allererster Ranges, für die der Reichstag seine stärke Begründungen gebracht hat. An den drei Streiktagen sind Millionen und aber Millionen von Frauen auf eine Stufe gestellt worden und haben bewiesen, daß sie im Dienst der Gesamtheit zu wirken imstande sind. Wenn unter dem aus diesem streikenden Krieg zu beruhigen wird, haben wir das in aller erster Linie unsere Frauen zu denken. Wie will man es denn noch rechtfertigen, daß sie noch fernher auf Arbeit und nicht auf Gehalt der Ehegatten leben dürfen? (Zehr richtig b. d. Soz.) Das Wort "freie Frauen dem Reichstag" muss auch für die Frauen gelten. Die Frauen und Mütter werden einmal imstande sein, einen solchen unheilvollen Krieg zu verhindern, den die Männer in untrübe Zeit nicht haben werden können. (Beif. Zeit. b. d. Soz.) Weiter verlangen wir die

Die Verhältnisse sind für die Arbeiter nicht in Wahlkreisen mit besonders strengen Berücksichtigungsmassnahmen geboten ist. Es werden dem Reichstag eine Vorlage vorgelegt, die eine angemessene Vermehrung der Mandate dieser Wahlkreise vorschlägt. Die Vorlage wird dem Reichstag zu zeitig vorgelegt, daß die nächsten Wahlen bereits auf der Grundlage der beschlossenen Änderungen vorgenommen werden. Diese Änderungen folgen in der Abhängigkeit des Ausmaßes unserer innerpolitischen Lage, die die die freie und fruchtbare Mitarbeit aller Glieder des Staates und Reichs sichern, für die das Volk den Vorschlag hat, und die zeitlich angelegentlich ist. Sie entsprechen dem Geiste der Oberbestimmung und wird in diesem Geiste durchgeführt werden. (Beifall.)

Wären unsere Anträge im Hinblick angenommen worden und hätten sie die Zustimmung der Regierung gefunden, so wäre in der Zeit ein verheerendes Verfallungsprogramm möglich gewesen, während des Gegensatz der Verfallungsbedingungen noch mehr bedeutet. Erfolgreich ist in diesem Ergebnis der Besatz des Repräsentationswahlrechts, in dem wenigstens eine Anzahl unter Verhältnissen zu sehen ist. Aber weiter verlangen wir die volle politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung der Arbeiterklasse, das ist nicht nur eine politische Forderung, sondern eine Kulturforderung allererster Ranges, für die der Reichstag seine stärke Begründungen gebracht hat. An den drei Streiktagen sind Millionen und aber Millionen von Frauen auf eine Stufe gestellt worden und haben bewiesen, daß sie im Dienst der Gesamtheit zu wirken imstande sind. Wenn unter dem aus diesem streikenden Krieg zu beruhigen wird, haben wir das in aller erster Linie unsere Frauen zu denken. Wie will man es denn noch rechtfertigen, daß sie noch fernher auf Arbeit und nicht auf Gehalt der Ehegatten leben dürfen? (Zehr richtig b. d. Soz.) Das Wort "freie Frauen dem Reichstag" muss auch für die Frauen gelten. Die Frauen und Mütter werden einmal imstande sein, einen solchen unheilvollen Krieg zu verhindern, den die Männer in untrübe Zeit nicht haben werden können. (Beif. Zeit. b. d. Soz.) Weiter verlangen wir die

Die Verhältnisse sind für die Arbeiter nicht in Wahlkreisen mit besonders strengen Berücksichtigungsmassnahmen geboten ist. Es werden dem Reichstag eine Vorlage vorgelegt, die eine angemessene Vermehrung der Mandate dieser Wahlkreise vorschlägt. Die Vorlage wird dem Reichstag zu zeitig vorgelegt, daß die nächsten Wahlen bereits auf der Grundlage der beschlossenen Änderungen vorgenommen werden. Diese Änderungen folgen in der Abhängigkeit des Ausmaßes unserer innerpolitischen Lage, die die die freie und fruchtbare Mitarbeit aller Glieder des Staates und Reichs sichern, für die das Volk den Vorschlag hat, und die zeitlich angelegentlich ist. Sie entsprechen dem Geiste der Oberbestimmung und wird in diesem Geiste durchgeführt werden. (Beifall.)

Hg. Walstein (Rechtl. Fr.): Keine Freunde im Reich sind von den Arbeiten des Verfassungsausschusses zum Zeitpunkt, aber es kann sich hier nur um eine Vereinerung handeln, die große Hauptpunkte der Reorganisation unter dem Gesichtspunkt der Gleichberechtigung mit dem Reich ist, die auch nicht jede des Verfassungsausschusses. Der Hauptwert wird in Frauen zu liegen sein; gefordert werden, so muß sie durch den Reichstag für Frauen geleistet werden. (Zehr richtig links.) Die Forderung der Homogenität in Bezug auf das Wahlrecht zwischen Frauen und dem Reich ist es, all um das deutsche Reich. (Zehr richtig links.) Dem Reich ist das Verfassungsausschusses nicht natürlich zu, er entspricht einer alten Forderung unserer Partei. Die Herabsetzung des Wahlalters auf 20 Jahre können wir ab. Wenn wir die sozialdemokratischen Antrag nicht zustimmen können, so ist es, aber wir nicht über die Frage des Frauenwahlrechts, die Frage lassen wir offen; sie wird auf Grund der Erfahrungen des Krieges später zu regeln sein.

Hg. Werlin (Soz. d. Fraktion): Die überrogenen Wahlkreise haben auch wir seit Jahren für ein Uebel gehalten. Gegen die Verfassungsausschüsse in diesen Wahlkreisen hat ein Zeitweiliger Zweckes Bedeutung. Den sozialdemokratischen Antrag lehnen wir ab. Wir haben Angriffe gegen das Reichstagswahlrecht, recht ist zurückgewiesen, können aber andererseits den hier her übertragenen Erweiterungen nicht zustimmen.

Hg. Strohmann (Innab. Soz.):

Am 22. März haben wir einen Antrag gestellt, mit dem der heutige Antrag der Sozialdemokraten dem Sinne nach übereinstimmt. Damals erklärte die "Rechtler Volksgesellschaft" nicht für angebracht, einen solchen Antrag einzubringen. Der heutige Antrag ist ein solcher, den ich begrüße. Der Reichstagsleiter der Sozialdemokraten. (Zehr richtig b. d. Innab. Soz.) Herr ist also inzwischen wohl anderer Meinung geworden, was offensichtlich werden sollte, falls seine Freunde der gleichen Meinung sind.

Der Antrag des Ausschusses bringt keine Verbesserung, sondern die bisherige Verhältnisse. Ein Hinweis dafür ist die Zustimmung der Regierung, die immer nur auf realistische Maßnahmen erfolgt. (Zehr richtig b. d. Innab. Soz.)

Die Ausdehnung der Frauenarbeit während des Krieges ist eine unangelegentlich. Wenn man über das Verhältnis der Frau zum Mann, so ist es, dann ist die Erkenntnis der Mannes, der erklärt: Du hast zu arbeiten oder deine Besetzung zu nicht. In allen Kulturstaaten ist die Frau unbeschäftigt schon eingeführt oder doch auf dem Wege, nur in Deutschland enthält man den Frauen dieses Recht vor. Diese Ungleichheit muß sich ab dem ganzen überwinden werden können. (Zehr richtig b. d. Innab. Soz.)

Die heutige Wahlkreise, unter dem ein Wahlkreis 13mal höher Wahlrecht hat wie ein anderer, ist eine Fälschung des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Der Auswahlspruch will den Arbeiter nicht überall das gleiche Recht geben, sondern lediglich aus Parteipolitischen und politischen Gründen will man nur in den Wahlkreisen wählen. Die Wahlkreise sind nicht gleich. Dabei ist man zu der bisher schon bestehenden Verhältnisse der Arbeiter besser eine weitere Frage. Daß auch die Fläche des Wahlkreises mitentscheidend sein soll für das Wahlrecht, daß also die Anzahl der Wähler von Wichtigkeit sein soll für das Wahlrecht, ist lediglich ein Hebelwerk, mit dem man das bestehende Wahlrecht leichter zu veränderten vermag. (Zehr richtig b. d. Innab. Soz.)

Der heutige Wahlkreise, unter dem ein Wahlkreis 13mal höher Wahlrecht hat wie ein anderer, ist eine Fälschung des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Der Auswahlspruch will den Arbeiter nicht überall das gleiche Recht geben, sondern lediglich aus Parteipolitischen und politischen Gründen will man nur in den Wahlkreisen wählen. Die Wahlkreise sind nicht gleich. Dabei ist man zu der bisher schon bestehenden Verhältnisse der Arbeiter besser eine weitere Frage. Daß auch die Fläche des Wahlkreises mitentscheidend sein soll für das Wahlrecht, daß also die Anzahl der Wähler von Wichtigkeit sein soll für das Wahlrecht, ist lediglich ein Hebelwerk, mit dem man das bestehende Wahlrecht leichter zu veränderten vermag. (Zehr richtig b. d. Innab. Soz.)

Der heutige Wahlkreise, unter dem ein Wahlkreis 13mal höher Wahlrecht hat wie ein anderer, ist eine Fälschung des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Der Auswahlspruch will den Arbeiter nicht überall das gleiche Recht geben, sondern lediglich aus Parteipolitischen und politischen Gründen will man nur in den Wahlkreisen wählen. Die Wahlkreise sind nicht gleich. Dabei ist man zu der bisher schon bestehenden Verhältnisse der Arbeiter besser eine weitere Frage. Daß auch die Fläche des Wahlkreises mitentscheidend sein soll für das Wahlrecht, daß also die Anzahl der Wähler von Wichtigkeit sein soll für das Wahlrecht, ist lediglich ein Hebelwerk, mit dem man das bestehende Wahlrecht leichter zu veränderten vermag. (Zehr richtig b. d. Innab. Soz.)

Der heutige Wahlkreise, unter dem ein Wahlkreis 13mal höher Wahlrecht hat wie ein anderer, ist eine Fälschung des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Der Auswahlspruch will den Arbeiter nicht überall das gleiche Recht geben, sondern lediglich aus Parteipolitischen und politischen Gründen will man nur in den Wahlkreisen wählen. Die Wahlkreise sind nicht gleich. Dabei ist man zu der bisher schon bestehenden Verhältnisse der Arbeiter besser eine weitere Frage. Daß auch die Fläche des Wahlkreises mitentscheidend sein soll für das Wahlrecht, daß also die Anzahl der Wähler von Wichtigkeit sein soll für das Wahlrecht, ist lediglich ein Hebelwerk, mit dem man das bestehende Wahlrecht leichter zu veränderten vermag. (Zehr richtig b. d. Innab. Soz.)

Der heutige Wahlkreise, unter dem ein Wahlkreis 13mal höher Wahlrecht hat wie ein anderer, ist eine Fälschung des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Der Auswahlspruch will den Arbeiter nicht überall das gleiche Recht geben, sondern lediglich aus Parteipolitischen und politischen Gründen will man nur in den Wahlkreisen wählen. Die Wahlkreise sind nicht gleich. Dabei ist man zu der bisher schon bestehenden Verhältnisse der Arbeiter besser eine weitere Frage. Daß auch die Fläche des Wahlkreises mitentscheidend sein soll für das Wahlrecht, daß also die Anzahl der Wähler von Wichtigkeit sein soll für das Wahlrecht, ist lediglich ein Hebelwerk, mit dem man das bestehende Wahlrecht leichter zu veränderten vermag. (Zehr richtig b. d. Innab. Soz.)

Der heutige Wahlkreise, unter

Beilage zur Volksstimme.

Halle und Saalkreis.

Halle, 7. Juli 1917.

Was der Steuerzahler wissen muß.

Die Steuerzahler kommen jetzt wieder ins Haus geflogen. Da dürfte es angebracht sein, wieder einmal die wichtigsten Bestimmungen über Steuerzahlung ins Gedächtnis zu rufen. Nachstehend geben wir sie wieder: Zur Einkommensteuer wird veranlagt, wer ein Einkommen von 100 Mark und darüber hat. Den Einkommen und Einkommensteuern ist im 38 des kommunalabgabengesetzes nachgesetzt, nach Einkommen von unter 100 Mark nach dem fixierten Steuerfuß bemessen, und zwar können die Einkommen von unter 100 Mark für die Gemeinde ebenfalls steuerlich erfaßt werden. Für Abgabepflicht kommt die Bestimmung aber nicht in Frage. Die Veranlagung erfolgt in der Regel nach dem Jahreseinkommen, das im Jahre 1916 erzielt worden ist. Wer im Jahre 1916 zum Jahresende länger als 10 Wochen ohne Einkommen gewesen ist (z. B. durch Krankheit, Arbeitslosigkeit), der wird nach dem mutmaßlichen Jahreseinkommen veranlagt. Den er während der Zeit nach dieser einkommenlosen Periode erzielt hat. Er tatsächlich erzielt Verdienst bildet dann die Grundlage für die Veranlagung der vom 1. Juli 1917 anfallenden Einkommen, wenn die längere als 10 Wochen dem Militär gewesen sind. Da aber nicht feststeht, ob das mutmaßliche Jahreseinkommen auch tatsächlich erzielt wird, so muß Grundrecht erhoben werden. Es gilt hier dann am Ende des Jahres 1917, daß der mutmaßliche Verdienst nicht erreicht worden ist, dann wird der zuletzt erzielte Steuerbetrag gültig, bis auf spätere Steuern angerechnet.

Kriegserwerbten sind nicht steuerfrei, wie vielfach irrtümlich angenommen wird. Auch sie werden nach dem mutmaßlichen Jahreseinkommen veranlagt, und zwar von dem Zeitpunkt ab, an dem der Erwerb ihres Mannes in die Einkommensteuer der Ehefrau einfließt. Die Einkommensteuer der Ehefrau wird durch die Einkommensteuer der Ehefrau erhöht. Die Einkommensteuer der Ehefrau wird durch die Einkommensteuer der Ehefrau erhöht. Die Einkommensteuer der Ehefrau wird durch die Einkommensteuer der Ehefrau erhöht.

Die Kriegserwerbtszulagen sind steuerpflichtig. Nur bei Ehefrauen, bei denen die Wohnung nach der Familienangehörigen ohne Rücksicht auf ihre Dienstleistung erfolgt, wird die Zulage steuerfrei. Alle übrigen Zulagen sind steuerpflichtig und werden bei der Veranlagung dem Einkommen hinzugerechnet und versteuert. Dabei ist es gleichgültig, ob die Wohnung ebenfalls nach der Zulage der Familienangehörigen erfolgt. Als im Staatsbetriebe beschäftigt sind die Arbeiter und Arbeiterinnen beim Kriegserwerbtszulagen anzusehen.

Von dem Einkommen kann abgezogen werden: Ausgaben für Werbung, Arbeitsleistung, Abzug von und zur Arbeitsstätte (jedoch nicht, wenn der Wohnort ein anderer sein muß als der der Arbeitsstätte, z. B. wenn der Steuerpflichtige im eigenen Haus getrennt von der Arbeitsstätte wohnt), die Beiträge für Kranken-, Invaliden-, Alters-, Witwen-, Arbeitslosen-, Arbeitsförderung, und zwar auch dann, wenn diese Beiträge für Familienangehörige geleistet werden. Nicht abzugsfähig sind die Aufwendungen zur Bekleidung des Handwerks, des Wohnungswesens, Heizung, Beleuchtung, Erziehung, Sondereinstellung Familien nach der Anweisung zur Ermäßigung zu, und zwar erst, wenn die Veranlagung bei 1 bis 2 Kindern um 1 Euro, 3 oder 4 um 2 Euro, 5 oder 6 Kindern um 3 Euro, 7 oder 8 Kindern um 4 Euro. Mit dem Einkommen des Mannes durch die Unterhaltsverpflichtung an Angehörige oder besondere Haushaltfälle in der Familie besonders belastet, so kann eine weitere Ermäßigung nach § 20 erfolgen. Als solche anzusehen sind z. B. die in § 17 des Einkommensteuergesetzes bezeichneten Angehörigen von Familienangehörigen, die Unterhalt mittel- oder langfristiger, besondere langfristige, Unterhalt und Erziehung der Kinder u. a. Für diese besonderen Fälle kann eine Ermäßigung bis zu 3 Euro erfolgen, wenn das Einkommen 5000 Mark nicht übersteigt.

Rotes Flammenblut.

Roman von Pierre Woodcootens.

Eingige autorisierte Übersetzung von Johannes Schlat. (11. Fortsetzung.)

So war Soube schließlich herangekommen wie ein Halbwild, mit dem Wirtinnen und dem jenseitigen, schwermütigen Wesen eines Menschen, der der Ursprünglichkeit nahe geblieben ist. In dem Maß, in dem sein Buchs sich entwickelte, er sich kräftiger und zur Arbeit der Hände tauglicher fühlte, festigte sich in ihm der Gedanke, die Zeit zu verlieren. Er wollte, wie der Volksspruch sagt, nach seinem Sinne umfräuleite, war ihm der Geschmack an der Unabhängigkeit gekommen, und mit ledigen Jahren reiste er mit einem Zuge „Frankmännern“ (Wanderarbeitern) zum erstenmal nach Briss. Und es wurde ihm zur Gewohnheit, solchermaßen jedes Jahr in die Fremde zu gehen. Bei seiner Rückkehr übergab er mit der Ehrlichkeit, die er von den braven Arbeitern, von denen er abkam, ererbte hatte, seinen Verdienst pünktlich dem Zehnten und nahm von diesem Gelde nicht mehr, als er für seine Ausgaben benötigte. Das dauerte bis zu seiner Großjährigkeit. Sobald er diese erreichte hatte, setzte er seinen Fuß mehr zu dem Zehnten. Von Einwohnern aus Oprelat, die bisweilen auf einer Waldwanderung eine Tasse Kaffee bei ihnen bestellten, erludien diese, daß er sich mit Arny Klip, einem Wildbich von Coin-dez-Tisserands, eingelassen hatte.

Dieser Arny Klip galt für den rechtschaffensten Menschen der Welt. Er gehörte also zu den meisten unrechtfertigen, die Lombroso und Max Nordau zu den normalen Menschen rechnen, obgleich ihre wunderlich-jelbsthätigen und wilde Lebensweise nur eine Kette von antizipatorischen Handlungen ist, die bloß darum dem Strafgesetz entfliehen, weil sie von „Stümpfern des Geistes“, denen es mehr auf Wohlfeilheit als auf eine wahrhaft menschliche und ethische Gerechtigkeit ankommt, nicht vorgesehen wurden.

Mit keinem schönen, barocken Glanzputz sah Arny

in die Veranlagung zu hoch erfolgt, so kann dagegen innerhalb einer Frist von 4 Wochen, von Tage der Zustellung des Steuerzettels ab gerechnet, ein Prüfungsverfahren werden. Gegen den Inhalt des Einkommens kann Berufung, bei der Berufungskommission und in das Einkommen auf mehr als 3000 Mark höherer in kann gegen diese Entscheidung nach Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht gerichtet werden.

Mietsteigerungen bei Kriegserfrauen wertlos.

Die Mietsteigerungen und gemäßigten Ausmietungen preisführender Haushälter in verschiedenen Städten unferer Bezirke haben ja durch die am Willkür von uns wiedergegebene Verfügung des Kommandierenden Generals einen starken Dämpfer erfahren. Aber beileibe sind sie damit noch lange nicht, sie werden vielmehr immer von neuem wieder aufsteigen, das kann auch jener Gesetz nicht ganz verhindern. Da ist es nun interessant, zu wissen, daß wenigstens die Kriegserfrauen vor solchen Übergriffen geschützt sind.

Auf Erklärungen aus der zuständigen Reichsstelle erhielt ein Mitarbeiter des „Berliner Lokal-Anzeigers“ folgende Auskunft über die Rechtsauffassung der Reichsbehörden: In der Tat ist eine rechtswirksame Kündigung auch gegen Kriegserfrauen möglich, wenn, wie sehr häufig in Berlin, die Verträge von der Ehefrau mitunterzeichnet sind. Trotzdem seien aber solche Kündigungen praktisch wertlos, weil Kündigungsfolgen gegen Kriegsteilnehmer (nach der Bundesratsverordnung vom 4. August 1914) auch dann nicht durchgeführt werden können, wenn eine rechtsültige Kündigung vorliegt. Die Kündigung kann also bei Kriegserfrauen und Kriegserfamilien von Hausbesitzer nicht erzwungen werden. Erfolgreiche Kündigungen bringen auch dem Hauswirt die Gefahr, daß die Gemeinden ihnen den Mietzuschuß fügen oder ganz verweigern. Die Gemeinden sind auch sonst in der Lage, mit Hilfe der Miet-einigungsämter die Kriegserfamilien in Schutz zu nehmen und sie zu begünstigen.

Es wäre ja auch noch schöner, wenn die Frauen und Kinder jener Männer, die draußen jede Stunde ihr Leben in die Schanze schlagen, einfach auf die Straße setzen werden könnten, weil sie nicht in der Lage sind, mit ihrer ohnehin unzulänglichen Unterhaltung auch noch die unverfügbaren Ansprüche gewinnfähiger Hausbesitzer zu befriedigen.

Verbot der gewerbsmäßigen Verteilung von Gemeindefamulieren. Die Reichsstelle für Genieie und Chit gibt bekannt: Die gewerbsmäßige Verteilung reifer Erbsen zu Gemeindefamulieren sowie die gewerbsmäßige Verteilung von Gemeindefamulieren mit Futterlohn ist verboten. Diese Bestimmungen treten 2 Wochen nach ihrer Veröffentlichung in „Reichsanzeiger“ in Kraft, das wurde also, da diese Bekanntmachung schon einige Tage zurückliegt, etwa am 15. Juli sein.

Warnung an Ekt- und Gemeindefamulieren. Die in den Bekanntmachungen des Magistrats vom 22. und 24. Juni 1917 enthaltenen Vorschriften über die Kennzeichnung der Verkaufspreise für Chit, Genieie und Südrüchte finden bei den Händlern nicht hinreichende Beachtung. Deshalb sollen nünmehr bei Zunderhandlungen in allen Fällen die angeordneten Strafmaßnahmen getroffen werden. Am liebsten sei nochmals bekanntgegeben, daß die Firma Wilhelm Heubrichs, Licht- und Kunstvertrieb, Große Ullrichstraße 11, wachsmäßige Verordnungen für die Kennzeichnung der Preise angefertigt hat, die gegen 90 Pfg. für einen Blod dort erhältlich sind.

Neue Berufung an die Universität. Der Geheimen Medizinrat Prof. Dr. med. Walter Soedel, Direktor der Medizinischen in Kiel, hat einen Auf an die Universität Halle als Nachfolger von Prof. Mat. Zsch. erhalten.

Wohl statt Kartoffeln. Von zufälliger Seite wird mitgeteilt: „Wohl der anhaltenden Dürre hat sich die Gemüsernte verzögert und teilweise auch verfehlert. Der Präsident des Kriegsernährungsamts hat infolgedessen angeordnet, daß für fehlende Kartoffeln Weiz in größerer Menge als bisher zur Verteilung gelange, so lange, bis die deutsche Frühkartoffelernte im vollen Umfang eingeleitet hat.“

Ämtliche Bekanntmachungen über den Verkehr mit feilenen Wäsch- und Wollwaren. Die Reichsstelle für den Verkehr mit feilenen Wäsch- und Wollwaren hat sich die Gemüsernte verzögert und teilweise auch verfehlert. Der Präsident des Kriegsernährungsamts hat infolgedessen angeordnet, daß für fehlende Kartoffeln Weiz in größerer Menge als bisher zur Verteilung gelange, so lange, bis die deutsche Frühkartoffelernte im vollen Umfang eingeleitet hat.

Lebensmittelfarren für öffentliche Urkunden. Mit einem ihrer interessantesten, prinzipiellen Fälle hatte sich am Freitag die Strafammer als Berufungsinstanz zu befassen. Die Ehefrau Berta A., deren Mann und Söhne sich im Felde befinden, hatte 4 Lebensmittelkarten erhalten und diese mit falschen Entwürfen versehen, um daraus Nahrung zu erlangen. Sie mußte sich deshalb erst wegen Urkundenfälschung vor dem Schöffengericht verantworten. Hierbei wies der Verteidiger darauf hin, daß fälschlich ein Schwurgericht in einem solchen Falle entscheiden habe, daß hier nur eine Fälschung von Urkunden vorliegt, zum Zweck des besseren Verständnisses vorliege. Der Anwalt beantragte trotzdem wegen Urkundenfälschung erst eine Geldstrafe. Das Schöffengericht nahm aber nur eine Unterbreitung, wie das Schwurgericht, an und erkannte auf 50 Mark Geldstrafe. Die Strafammer hat jedoch höhere Urkundenfälschung als vorliegend an und beurteilte die Frau zu 2 Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte nur eine Geldstrafe beantragt.

Das hässliche Ansehen des Bahnhofsverlages hat nun auch die Angelegenheit des Verkehrsverlages beherrscht, und zwar in einer Sitzung, die er am Donnerstag abhielt. Der Verkehrsverlag selbst trägt sich schon seit längerer Zeit mit der Absicht, für die künstlerische Ausgestaltung des Bahnhofsverlages etwas in die Wege zu leiten. Auch der „Vand der Gemaltigen“ will die Sache fördern. Doch abgesehen, angereicher Nachrede kann man nun zu dem Resultat, daß der Verkehr zur Förderung der Angelegenheit möglich ist, entgegen man wendet sich mit einer Eingabe an die Generalverwaltung, oder man legt förmlich gestellte Entwürfe vor, oder man bewilligt Geldmittel. Die große Wirkung findet das Projekt in dem Umfange, daß Verkehrs- und Unterwerker die Nachträge beantragen müssen. Mit dieser Bitte kann eine künstlerische Ausgestaltung des Bahnhofs erreicht werden: durch entsprechende Ansehen des Verlags, durch Befreiung des Verkehrsverlages, durch Befreiung des Verkehrsverlages. Man würde sich dahin ents, daß man eine künstlerische Höhe der schaffen und diese an zufälliger Stelle vorlegen will. Potentiell wird man auch etwas aus dem ganzen Bild, denn der Bahnhofsverlag in seiner letzten Verfassung macht auf den fremden einen gar zu schlechten Eindruck und gibt von allem weislich nicht das richtige Bild. Weiter hinaus sollte man mit dem Plan dazu bald fertig werden, die Ausführung selbst würde ja doch erst nach dem Krieg beginnen können.

Eine Stadtvorordneten-Sitzung findet am Montag nachmittag statt. Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung umfaßt: 1. und 2. Annahme von Entwürfen, 3. Erhöhung von Abverpreisen, 4. Erneuerung der Stellennote in der Kennzeichnung, 5. Familienverfall an der Verwaltung, 6. Weitervermittlung eines Lebens, 7. Anwendung von 2. Urungsangelegen, 8. Nachbestimmung für den Schatz- und Verfall, 9. Bericht um eines Zivilbesuchs für Kriegsernährungsangelegenheiten, 10. Verwaltungsmittel der Sparkasse, 11. Gehalt um Ertrag eines Viehhofes, 12. Gehalt um Verteilung von Erträgen infolge Ermüdung eines Anwesenplatzes, 13. Gehalt um Gehalt von Strafbefehlsmitteln.

Die nichtöffentliche Sitzung wird sich mit folgenden Dingen befassen: 14. Erwerb eines Grundstücks, 15. und 16. Annahme von Klagen für Grundbesitz, 17. Bewilligung eines Zuschusses zur Kinderkassenverwaltung, 18. Fortsetzung eines Besamens, 19. bis 21. Anhebung von Besamens, 22. Bewilligung einer Unterbringung.

nicht aus, als ob er gegen die bürgerliche Autorität, die durch den Gendarmen und den Jagdaufseher vertreten wurde, rebellierte. Seine friedliche und verständige Miene beruhigte jedermann und flößte Vertrauen ein. In Wirklichkeit aber war ein gefährlicher Wildbich, einer der gefährlichsten der Gegend. Noch nie hatten ihn die Aufseher bei der Tat abgefangen. Selbst die heimliche Ueberwachung, deren Gegenstand er war, war eine nachlässigere geworden, als kurz hintereinander am Saume des Forstes drei Wärtler getötet worden waren, jeder von ihnen hatte aus nächster Nähe eine Ladung Neßknoten in den Kopf bekommen. Allerdings hatte man bei ihm geforscht. Auf eine anonyme Anzeige hin war eines Morgens eine ganze Gendarmereibteilung in seiner Hütte eingebrochen, hatte das Haus von unten nach oben gefehrt und ihn dann, stehenden Fußes, die Hände auf den Hüften gebunden, zwischen den Fierden von zwei Gendarmen nach dem Gefängnis von Dubenarde gebracht. Aus Mangel an Beweisen hatte man ihn freigegeben müssen. Eines Abends aber hatte eine Ladung Blei die Fensterheibe eines Bauern von Schoriffe zertrümmert und diesen im Bette neben seinem Weibe getötet. Auf dieses Verbrechen wurde Arny Klip beschuldigt. Mit Recht oder Unrecht mußte er in jenem Bauern wohl den Angeber, der ihn hatte einfischen lassen, vermutet haben, und er hatte ihn einfach abgehauen. Eine Schredensleude hatte sich gebildet, deren Held der Wildbich war. In ihm lebten die „Ruchschwer“ wieder auf. Bei der Abendunterhaltung am Amin irach man nicht gern seinen Namen aus. Die Leute bemühten sich vielmehr, ihm Dienste zu erweisen, um sich ihm angenehm zu machen, und wenn sie mit ihm sprach, hatten sie die schwehmehelnde Zuvorkommenheit eines Hundes, der sich vor der Peitsche fürchtet. Er verlor nie seine gelassene Miene. Wie etwas Selbstverständliches nahm er diese Unterwürfigkeiten hin. Sein regelmäßiges, helles Gesicht trug das Grausamkeitsgepräge eines lächelnden Bonaparte.

Er trieb auch ein Gewerbe. Zwischen Brombeersträuchern lag in dem fünften Graben, der an der Wengelle bei seiner Hütte vorbeiflie, ein Aufbaumstumpf. Schwamm man sich auf diesen hinauf, so

konnte man durch ein breites Fenster Arny Klip an seiner Arbeit sehen.

Er war seines Zeichens Stuhlmaacher. In seiner wunderlichen, ganz mit Brettern und gedrechseltem Holz angefüllten Werkstatt, die wahrscheinlich aus dem sechzehnten Jahrhundert stammte, mit ihren Zwischbohrern, großen Sobeln und Brustbohrern an den mit geblanztem Ton ausgelegten Wänden konnte man ihn den Holzmeißel führen und mit der Fläche seiner muskulösen Hand, die Menschen getötet hatte, die Sobelplan von den Spanen trennenden sehen, die sich von ihr aufstautelten.

Seine Frau war eine lange, schweigmole Hofpfeiflange mit gelben, auf dem Scheitel zu einem Büschel zusammengeflochtenen Haaren und schmalen Lippen über Fehrdreiecken. Sie führte den Spitznamen „Die Stute“. Und tatsächlich bot sie mit ihrer flachen Brust, ihrem langen, mageren Hals, ihrem vorstehenden Kinn und ihren blumenförmigen Augen ganz den Anblick einer mageren Stute. Arny Klip hatte sie, wie er gern sagte, „dreschert“. Das Augenwinkeln, das er dabei hatte, betrug alles. Menne war die niedrige, unterworfenen Etahn, die ein Mann seines Schloges brauchte. Die Leute hatten nicht die Nase in seine Angelegenheiten zu stecken. Menne hatte das verstanden. Ihre Schweigsamkeit war erprobt. Trotzdem hielt er aber die „Arbeit“ vor ihr geheim. Die Menne soll nicht wissen, was die Stute tut.

Eine entfernte Nase Soube fühlte hatte Arny Klip zu bestimmen gewußt, den Neffen der Zehus bei sich zu herbergen, als dieser sich von der Bormundschaft seiner Verwandten frei gemacht hatte. Willst du am Abend eines Abends zwischen den beiden Bauern eine Uebereinkunft geschlossen worden. So viel stand fest, sagte man, Arny war klug, einer „Niese“ Obdach zu geben, die ihn hätte verrotten können. Aber das seltsame war, daß Soube nicht mißtraute. Die Dorfkette waren davon überzeugt, Man fand es schließlich riesig schlau von diesem Teufel, dem Klip, daß er sein Spiel hinter einem braven Jungen verdeckte.

(Fortsetzung folgt)

